





INHALT

3 VORWORT

4 1 VERBRAUCHER UND ÖFFENTLICHKEIT

16 2 DIE ERNÄHRUNGSINDUSTRIE

22 3 MÄRKTE UND WETTBEWERB

40 4 UMWELT, ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT

47 5 ROHSTOFFE

51 6 DIE BVE

53 DIE MITGLIEDER

58 GESCHÄFTSFÜHRUNG UND ARBEITSBEREICHE

59 IMPRESSUM

Lebensmittelherstellung in einer Kultur der Widersprüchlichkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

Würden wir heute noch essen, wenn wir es nicht müssten? Wer die Diskussion im öffentlichen Raum über Lebensmittel, Ernährung und Konsum verfolgt, wird die Frage nicht eindeutig beantworten können. „Unser täglich Brot gib uns heute“ heißt es im Vaterunser. Damit kommt die Sorge zum Ausdruck, es könnte das täglich Brot nicht mehr geben. Den Hunger des leeren Magens haben wir hierzulande besiegt. Doch mit dem Überfluss kam der Hunger nach Sinnstiftung, der Hunger nach Leben und nach neuen Lebensstilen. Das blieb nicht ohne Konsequenz für unsere Nahrung. Heute definieren sich immer mehr Menschen über die Art, was sie essen und wie sie essen. Und die Lebensmittelbranche muss sich dieser veränderten Gesellschaft und ihren Bedürfnissen anpassen. Functional Food, vegetarische, vegane, glutenfreie, laktosefreie Produkte, Light- und Convenience-Produkte, aber auch Produkte mit besonderen Produktionsmerkmalen wie regional, nachhaltig, Fair Trade und Bio sind heute am Markt ständig verfügbar. Das Produktportfolio der Lebensmittelindustrie wird weiter spezialisiert, differenziert und wird immer schneller neu erfunden.

„Du bist, was du isst“ lautet die Devise, wir können es uns heute leisten, höchste Ansprüche an unsere Lebensmittel zu stellen. Viele, möglicherweise auch widersprüchliche Trends, werden von den Konsumenten oft gleichzeitig verfolgt: mal vegan, mal Fleisch, mal Convenience, mal Slow Food. Die Menschen haben sich dabei in ihrer Widersprüchlichkeit eingerichtet und einen oft pragmatischen Umgang damit gefunden: Wasser der Vernunft predigen und Wein des Genusses saufen.

Nun ist es die Aufgabe der Lebensmittelhersteller, den Menschen zu dienen und das mit Gewinn. Der beste Dienst am Menschen ist, ihn in seiner Individualität und Würde ernst zu nehmen. Das bedeutet: Keine Bewertung von Lebensstilen, keine Bevormundung, keine Zeigefinger, keine Geschmacksdiktate. In unserer Gesellschaft des unbegrenzten Angebots, aber der begrenzten Teilhabe, ist für die Ernährungsbranche der möglichst umfassende Zugang aller Menschen zu den Lebensmitteln, die sie zur Verwirklichung ihres Lebensstils benötigen, oberstes Ziel.

Das Angebot alleine aber reicht nicht mehr aus, um in der Informationsgesellschaft Vertrauen zu schaffen und Verantwortung zu zeigen. Transparenz, Klarheit, Wahrheit und Qualität – ein Vierklang, der für unsere Branche Maxime



Dr. Wolfgang Ingold



Christoph Minhoff

geworden ist. Umso hilfreicher, ja notwendig wäre es, wenn auch die Mittler von Information diese Begriffe zu ihrer Arbeitsgrundlage machen würden. Aber was tagtäglich an Fehl-, Falsch- und Fabel-Meldungen über alle Medienportale, soziale und digitale Netzwerke erbrochen wird, ist abenteuerlich. Mal ist Fleisch so gefährlich wie Plutonium, dann wieder notwendig für eine ausgewogene Ernährung. Mal ist Salz gut, dann wieder schlecht für die Gesundheit. Zucker ist mal wie Heroin und dann unverzichtbarer Energiebaustein für die Funktionsfähigkeit des Gehirns. Kein Wunder, dass der Verbraucher seine Einstellungen zu Essen fast besser würfelt, als sich aus den Medien ein klares Bild verschaffen zu können. Wir dürfen deshalb den Verbraucher nicht mit denen alleine lassen, die ihn verunsichern, verängstigen und entmündigen wollen.

Als Spitzenverband der Ernährungsindustrie ist unsere Antwort darauf: Haltung und Wahrheit. So einfach und so schwer, denn wer die Dinge beim Namen nennt, erntet selten Beifall, oft Widerspruch, aber am Ende Respekt und Vertrauen. Die BVE hat sich der Herausforderung gestellt, und das mit Erfolg. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen und die Schlagkraft des Spitzenverbandes zu optimieren.

Wir danken allen Mitgliedern für die tatkräftige Unterstützung, ihr Engagement und vor allem ihr Vertrauen im vergangenen Berichtsjahr.

Herzlichst

Dr. Wolfgang Ingold
Vorsitzender

Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer

Berlin, im März 2016

1 Verbraucher und Öffentlichkeit



Der Verbraucher bestimmt das Lebensmittelangebot. Über 81 Millionen preisbewusste Einwohner mit immer höheren Ansprüchen machen Deutschland zu einem der am härtesten umkämpften Lebensmittelmärkte weltweit. Die Auswahl an Lebensmitteln war in Deutschland noch nie so hochwertig, sicher, vielfältig und preiswert wie heute. Über 170.000 Produkte für jeden Bedarf werden in den Supermarktregalen angeboten, gut ein Drittel davon sind Produktinnovationen. Lebensmittel können sich nur erfolgreich am Markt platzieren, wenn sie die vielfältigen Ansprüche der Verbraucher erfüllen, sonst werden sie nicht gekauft. Das Konsum- und Essverhalten unterliegt dabei einem gesellschaftlichen Wandel. Die demografische Entwicklung, moderne Lebenswelten und ein Wertewandel führen zu immer individuelleren und vielseitigeren Bedürfnissen der Konsumenten. Die Lebensmittelhersteller sind täglich herausgefordert, ihre Produkte noch besser zu machen. Die Unternehmen nehmen die Wünsche ihrer Kunden ernst und stehen mit ihnen im ständigen Dialog. Nur so können Produktsortiment und Service ständig an die Konsumbedürfnisse der Verbraucher angepasst werden. Die Hersteller stehen nicht nur in einem intensiven Qualitäts- und Preiswettbewerb, sondern immer auch im Wettbewerb um das Vertrauen ihrer Kunden.

Stabile Kaufkraft und Preise begünstigen höheres Konsumbewusstsein

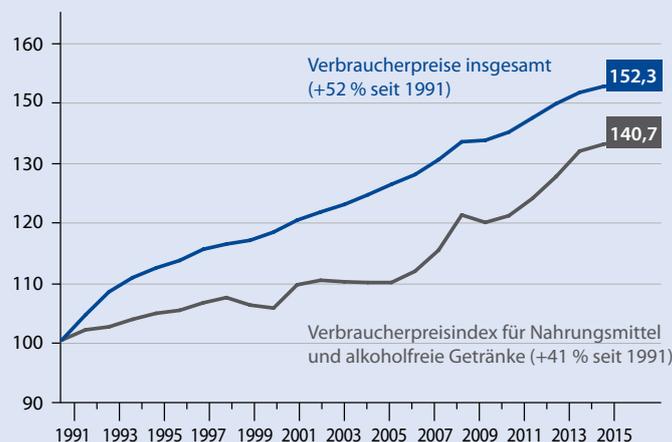
Das Konsumklima stieg 2015 in Deutschland weniger stark als noch in den Vorjahren, Grund waren zunehmende Konjunktursorgen in der zweiten Jahreshälfte. Der Stimmungskindikator für die Kaufkraft der Verbraucher bleibt dank der stabilen Arbeitsmarktlage, einer geringen Teuerung und Sparneigung jedoch auf einem hohen positiven Niveau.

2015 gaben die Konsumenten hierzulande 10,2 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke aus, damit liegen die Deutschen weit unter dem EU-Durchschnitt. Dabei muss jedoch das im Vergleich hohe Einkommensniveau in Deutschland berücksichtigt werden. Langfristig gesehen unterliegen Lebensmittel einer geringeren Teuerung als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. So stiegen seit 1991 die Lebensmittelpreise um 41 Prozent, während sich die Verbraucherpreise insgesamt um 52 Prozent verteuerten.

Die Verbraucher kaufen immer seltener und weniger, aber dafür hochwertiger. Stabile Preise und die Tatsache, dass die meisten Verbraucher keine existenziellen Einkommenssorgen plagten, befördern das gestiegene Konsumbewusstsein. Die Verbraucher sind zunehmend bereit, mehr Geld für qualitativ hochwertige Lebensmittel auszugeben.

Verbraucherpreisentwicklung 1991 – 2015

Indexwerte 1991=100



Quelle: Statistisches Bundesamt, BVE

Preisbereinigt nahmen die Ausgaben für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke 2015 im Vorjahresvergleich stärker zu (+2,3 Prozent) als die allgemeinen Konsumausgaben (+2,0 Prozent). Im Durchschnitt werden jedem Bundesbürger 2016 rund 21.879 Euro für Konsum und Lebenshaltung zur Verfügung stehen. Das sind 430 Euro mehr als 2015. Bei erwarteter mäßiger Inflation wird der reale Kaufkraftzuwachs bei +1 Prozent liegen. Die positive Prognose ist darüber hinaus bedingt durch eine angenommene stabile Reallohnentwicklung. Pro Kopf und Jahr liegt die Kaufkraft in Deutschland rund 57 Prozent über dem europäischen Durchschnitt.

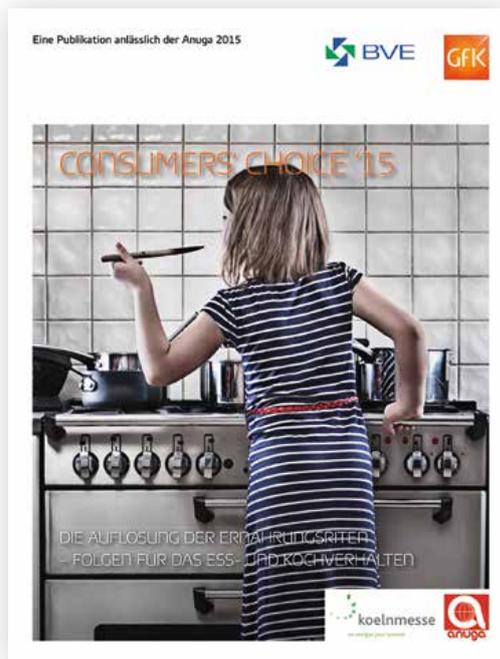


BVE-GfK-Verbraucherstudie Consumers' Choice '15

Die gemeinsame Studie von BVE und GfK Consumers' Choice '15 mit dem Titel „Die Auflösung der Ernährungsriten – Folgen für das Ess- und Kochverhalten“ wurde am 9. Oktober 2015 anlässlich der Anuga in Köln vorgestellt. Sie nimmt die sich wandelnden Ernährungsgewohnheiten in den Blick und untersucht, welche Lebensmittel am meisten nachgefragt werden. Zentrales Ergebnis der Studie: Die Verbraucher werden anders essen, der moderne Lebensstil der Gesellschaft hat die deutsche Esskultur verändert. Der Verbraucher isst häufiger unterwegs und hat weniger Zeit einzukaufen oder gar zu kochen. Immer wieder unterschiedliche Bedingungen im Alltag wecken vielfältige Bedürfnisse. Gerade für junge Konsumenten soll Ernährung vor allem die Lebensqualität steigern. Die Hersteller haben ihr Angebot diesen Trends angepasst.

Sinkende Lebensmittelnachfrage durch moderne Lebensumstände

In den vergangenen drei Jahren ist die Mengennachfrage nach Lebensmitteln im Einzelhandel um 3,8 Prozent gesunken. Der Verbraucher lebt heute in einem unstrukturierten Alltag unter großem Zeitdruck und mit einem hohen Grad an Mobilität. Gesellige Anlässe und die Lust einzukaufen nehmen ab. Darüber hinaus konsumieren die Verbraucher bewusster, sie kaufen weniger, aber hochwertiger. Qualität bestimmt heute bei 52 Prozent der Verbraucher darüber, ob ein Produkt gekauft wird. 2001 war noch für 59 Prozent der Preis das ausschlaggebende Kaufkriterium.



Zu Hause wird immer seltener gegessen

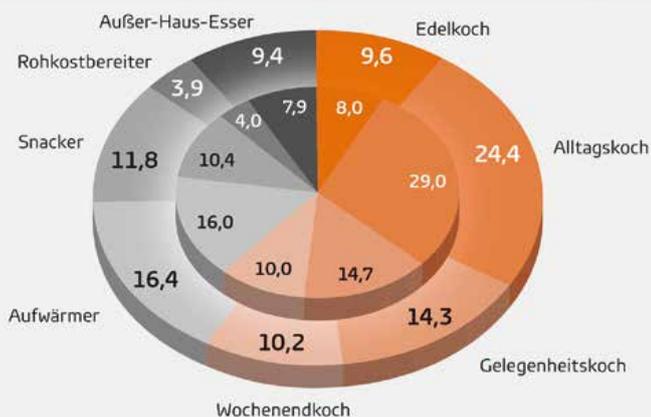
Frühstück und Mittagessen verlagern sich immer häufiger vom heimischen Tisch nach draußen. Die gestiegene Erwerbstätigkeit und Mobilität sind hier wesentliche Einflussfaktoren. Die größten Veränderungen sind dabei nicht bei den Erwachsenen, sondern bei den Kindern und Jugendlichen festzustellen. Von den drei- bis fünfjährigen Kindern frühstückten beispielsweise vor zehn Jahren noch 77 Prozent zu Hause, heute sind es nur noch 67 Prozent. Das Mittagessen nahmen vor einem Jahrzehnt noch 69 Prozent der Kleinen zu Hause, heute sind es nur noch 41 Prozent. Die Essrituale der jungen Generation werden dadurch zunehmend selbstbestimmt. Die Bedeutung einer verantwortungsbewussten Ernährungsbildung wächst.

Ernährungsriten müssen sich anpassen

Die gestiegene Vielfalt und Vielseitigkeit in der Ernährung führen zum Loslösen von traditionellen Ernährungsnormen. Die Gelegenheit, die Motivation und auch das Können entscheiden heute darüber, auf welche Weise und wie oft Essen selbst zubereitet wird. Verbraucher lassen sich acht Kochtypen zuordnen: Edelkoch, Alltagskoch, Gelegenheitskoch, Wochenendkoch, Aufwärmer, Snacker, Rohkostbereiter und Außer-Haus-Esser. Nur noch 34 Prozent der deutschen Verbraucher kochen regelmäßig. Wird regelmäßig gekocht, dann aber zunehmend hochwertig. Während der Anteil der Verbraucher, die gelegentlich kochen, mit 25 Prozent konstant bleibt, ist der Anteil derer, die so gut wie nie kochen, in den letzten zwei Jahren von 38 Prozent auf 42 Prozent gestiegen. Unterschiedlich ist das Konsumverhalten bei Lebensmitteln. Die meisten Premium- und Markenprodukte kaufen Edelköche und Rohkostbereiter (44 Prozent) sowie Alltagsköche (43 Prozent) und Außer-Haus-Esser (42 Prozent).

Entwicklung der Kochtypen nach Anteilen

Anteile 2015 vs. 2013 – Angaben in %



© GfK | Quelle: GfK ConsumerScan, (Kreis innen 2013, Kreis außen MAT 06/2015)

Gesunde Ernährung und Vielseitigkeit gewinnen an Bedeutung

75 Prozent der Verbraucher messen gesundheitlichen Aspekten in der Ernährung eine große Bedeutung bei. Der Anteil der Konsumenten, die vermehrt bewusst konsumieren und auf eine nachhaltige und gesunde Ernährung Wert legen, ist auf 27 Prozent angestiegen. Dabei werden auch immer häufiger verschiedene Ernährungstrends und Alternativprodukte für den eigenen Ernährungsstil ausprobiert: So stieg der Umsatz mit laktosefreien Milchprodukten in den vergangenen vier Jahren um 93 Prozent, der Umsatz mit Fleischersatzprodukten um 88 Prozent.

Verhältnismäßige Regulierung fördern, Bürokratie abbauen

Staatliche Regulierung ist angebracht, wo Marktmechanismen keine Problemlösung erzielen. Die Ernährungsindustrie ist mit ihren sensiblen und verbrauchernahen Produkten eine der am dichtesten regulierten Branchen überhaupt. Mit zunehmender Produktregulierung steigen die Herstellungskosten, denn die Unternehmen sind dafür verantwortlich, jede neue gesetzliche Produktvorgabe im gesamten Produktionsprozess umzusetzen. Darüber hinaus belasten auch die steigenden Bürokratiekosten, wie beispielsweise Melde- und Dokumentationspflichten, die Unternehmen. Immer mehr Überregulierung kann zu weiteren Ertragsrisiken führen.

Das Lebensmittelrecht ist EU-weit stark harmonisiert, dennoch übertrifft die nationale Gesetzgebung oft die europäischen Mindestvorgaben. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Zielen einer binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik. Eine wettbewerbsfähige Ernährungsindustrie braucht keine nationalen oder föderalen Alleingänge, sondern eine EU- sowie bundesweit einheitliche Rechtsanwendung. Der geplante Bürokratieabbau muss zur Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen umgesetzt werden.

Lebensmittelsicherheit und -kontrollen

Die Eigenkontrollen der Unternehmen bilden das Fundament für die Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, die Hersteller tragen die primäre Verantwortung für die Sicherheit der Lebensmittel und die Kosten der eigenen Kontrollmaßnahmen. Als Kontrolle der Kontrolle dient die amtliche Überwachung. Sie muss hoch qualifiziert sein, effizient arbeiten und gut ausgestattet werden. Die Finanzierung der staatlichen Lebensmittelüberwachung ist eine originäre öffentliche Aufgabe, zusätzliche Pflichtgebühren für nicht anlassbezogene Regelkontrollen sind abzulehnen und widersprechen dem Risiko- und Verursacherprinzip.



Die behördlichen Vollzugsmaßnahmen müssen sachlich begründet, angemessen und objektiv nachvollziehbar sein. So ist auch eine Veröffentlichung von Kontrollergebnissen abzulehnen, solange die notwendigen strukturellen Rahmenbedingungen und die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Unternehmen nicht garantiert sind. Es darf keine Vorverurteilungen geben und es muss eine zeitnahe Rehabilitierung möglich sein. Die Ausgestaltung der Transparenzgesetze für amtliche Kontrollen muss diesen Maßstäben folgen und verhältnismäßig sein, die Ausdehnungen der Transparenz dürfen nicht zulasten ordnungspolitischer Maßnahmen gehen.

Mehr Wertschätzung für Lebensmittel

In der öffentlichen und politischen Diskussion wird die Ernährungsindustrie durch Skandalisierungen, falsche Behauptungen und einzelne schwarze Schafe unter generellen Täuschungsverdacht gestellt. Einer tendenziösen Meinungsbildung muss eine öffentliche Debatte mit gesicherten Fakten entgegengesetzt werden. Die Ernährungsindustrie sorgt durch eine moderne und nachhaltige Lebensmittelproduktion täglich für das Wohl von zufriedenen Verbrauchern in Deutschland und Kunden weltweit. Den Herstellern muss dieselbe Anerkennung entgegengebracht werden wie ihren Produkten. Die Unternehmen passen ihre Produkte den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Kunden an, mehr Qualität muss an der Ladentheke jedoch auch mit der Bereitschaft zu höheren Ausgaben vom Verbraucher honoriert werden.

Um mehr Wertschätzung für Lebensmittel und ihre Herstellung zu erreichen, setzt die Branche auf Dialog, Transparenz und Aufklärung. Unternehmen und Verbände kommunizieren auf allen Kanälen, starten Initiativen und nutzen verstärkt soziale Netzwerke. Nur im direkten Austausch mit der Öffentlichkeit kann die notwendige Anerkennung für Lebensmittelhersteller gewonnen werden. Konstruktive Lösungen können ebenfalls nur erzielt werden, wenn die Diskussion auf sachlichen und wissenschaftlichen Fakten beruht.

Kennzeichnungspflichten: Qualität geht vor Quantität

Die Verantwortung für Qualität und Sicherheit des Produktes trägt an erster Stelle der Hersteller, denn er kennt sein Produkt am besten. Dem Informationsbedürfnis der Verbraucher tragen die Hersteller Rechnung und informieren auch über die weitreichenden gesetzlichen Vorschriften hinaus. Lebensmittelhersteller stehen heute im Wettbewerb um das beste Produkt und um die besten Informationen.

In der öffentlichen Debatte werden inflationär Forderungen von Verbraucherschutzorganisationen nach immer mehr Kennzeichnungsvorgaben laut. Diese bieten häufig keinen zielführenden Nutzen für die Verbraucherinformation und sind in der Praxis weder für Unternehmen noch für Verbraucher handhabbar. Die neue europäische Lebensmittelinformationsverordnung ist ein Vorstoß hin zu noch mehr Transparenz. Mit ihrer kostenintensiven Einführung gelten für Hersteller europaweit einheitliche Vorgaben zur Lebensmittelkennzeichnung und Verbraucher werden gut und umfassend informiert. Im Umsetzungsprozess sind dabei noch einige Hürden zu überwinden, zusätzliche Aufklärung und Information sind unverzichtbar. Unerlässlich für eine konsensfähige Lebensmittelkennzeichnung ist dabei auch die bewährte Arbeit der Deutschen Lebensmittelbuchkommission. Die Beratungen zur Aktualität der Leitsätze sind zu beschleunigen und die Kommunikation sowie Akzeptanz der Entscheidungen des Gremiums zu verbessern.

Verbraucherbildung und Eigenverantwortung stärken

Das Verbraucherleitbild hat sich bei Politikverantwortlichen teilweise verschoben: Vom mündigen und eigenverantwortlichen Verbraucher hin zum schutzbedürftigen, unwissenden Verbraucher. Mit diesem Wandel gehen Forderungen nach immer mehr Regulierung und Bevormundung des Verbrauchers bei seiner Ernährung einher. Die Ernährungsindustrie lehnt diese staatliche Konsumlenkung und Entmündigung des Verbrauchers ab. Die Souveränität des Verbrauchers in seiner Kaufentscheidung sichert den Wett-



bewerb und ein bedürfnisorientiertes Produktangebot. In unserer vielfältigen Gesellschaft muss das klare Leitbild für Verbraucherschutzpolitik der durchschnittlich informierte, aufmerksame, verständige und eigenverantwortliche Verbraucher sein. Die Konsum- und Ernährungskompetenz muss durch mehr Bildung und Aufklärung gestärkt werden, Verbraucherpolitik muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Wissenschaftlichkeit folgen.

Stiftung Warentest

Die Lebensmittelqualität ist ein entscheidendes Kaufkriterium, Konsumenten informieren sich und sind zunehmend bereit, für mehr Qualität auch mehr zu bezahlen. Laut einer repräsentativen Umfrage der Zeitschrift „stern“ (2010) suchen drei von vier Deutschen vor ihrem Einkauf regelmäßig Rat bei Institutionen wie der Stiftung Warentest oder Verbraucherzentralen, dabei werden allein die Informationen der Stiftung Warentest als „gut“ bewertet. Über 90 Prozent der Deutschen kennen das test-Siegel. Die objektive Bewertung von Qualität in Produkttests ist jedoch eine komplexe Herausforderung. Zum einen umfasst Qualität je nach Verbraucher und Produkt viele verschiedene Dimensionen. Zum anderen



haben die Lebensmittelsicherheit und -qualität in Deutschland einen sehr hohen Standard erreicht, der oft über das europäische Niveau hinausgeht.

Die Stiftung Warentest wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages 1964 als unabhängige und objektive Prüfinstanz gegründet und genießt besonders hohes Verbrauchervertrauen und Glaubwürdigkeit. Aus ihrer Marktbedeutung erwächst der Stiftung Warentest gegenüber Verbrauchern und Unternehmen eine große Verantwortung, da sie durch ihre Arbeit das Marktgeschehen entscheidend beeinflussen kann.

Ziel der Stiftung ist es satzungsgemäß, die „Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswerts sowie der Umweltverträglichkeit von Waren zu unterrichten“. Aus Sicht der Ernährungsindustrie muss dieser Stiftungszweck unbedingt gewahrt bleiben. Das bedingt die Notwendigkeit anerkannter wissenschaftlicher Methoden sowie nachvollziehbarer und sachgerechter Kriterien, im Rahmen gesetzlicher Vorgaben, bei der Durchführung und Bewertung von Produkttests.

Die satzungsgemäße Mitwirkung der Anbieterseite im Kuratorium und in Sachverständigengremien sichert die notwendige Expertise zur sachgerechten Ausgestaltung der durchgeführten Prüfverfahren und ermöglicht die stetige Verbesserung der Warentests. Die BVE fordert, dass die Grundsätze von Objektivität, Transparenz und Wissenschaftlichkeit der Produkttests und gesetzliche Vorgaben zu Produkteigenschaften anerkannt und eingehalten werden. Nur so können Qualitätsurteile sachlich nachvollziehbar bleiben.

Von Januar 2000 bis Januar 2016 hat die Stiftung Warentest in gut 211 Lebensmitteltests rund 5.608 Produkte nach eigenen Maßstäben geprüft, beim Qualitätsurteil genügten 88 Prozent der Lebensmittel den Qualitätskriterien. Die Stiftung Warentest betonte, dass die Qualität und Sicherheit der deutschen Lebensmittel zugenommen habe (test-Heft Februar 2011).

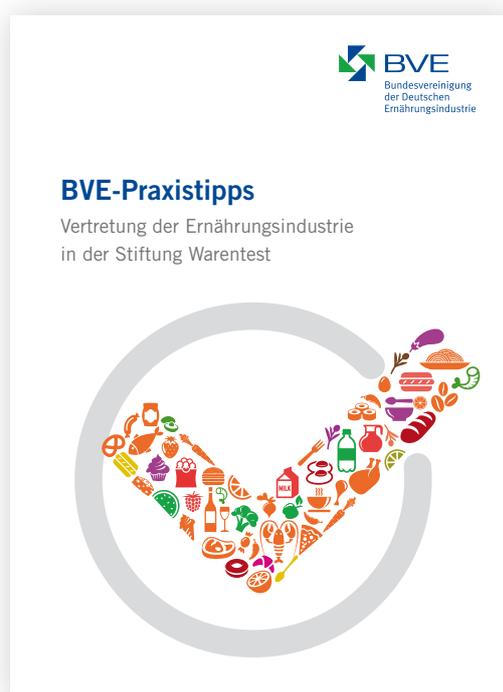
BVE-Arbeitskreis Stiftung Warentest

Die BVE vertritt die Interessen der Ernährungsindustrie gegenüber der Stiftung Warentest und organisiert die Beteiligung der Branche an den Testvorhaben. Für ihre Mitglieder ist die BVE der zentrale Ansprechpartner zum Thema Stiftung Warentest und steht in einem kontinuierlichen und konstruktiven Austausch mit der Stiftung Warentest. Dadurch kann die objektive Qualitätsbeurteilung von Lebensmitteln verbessert werden.

Zum direkten und regelmäßigen Dialog mit der Stiftung Warentest sowie dem Austausch über aktuelle Testvorhaben dient den BVE-Mitgliedern der BVE-Arbeitskreis Stiftung Warentest. 2015 tagte dieser am 30. April und 2. Dezember in Berlin. Hier wurden von dem Arbeitskreis auch die aktuellen „BVE-Praxistipps: Vertretung der Ernährungsindustrie in der Stiftung Warentest“ erarbeitet.

BVE-Praxistipps: Vertretung der Ernährungsindustrie in der Stiftung Warentest

Mit den „BVE-Praxistipps: Vertretung der Ernährungsindustrie in der Stiftung Warentest“ hat die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie konkrete Hilfestellungen für Unternehmen, Verbände und wissenschaftliche Experten aus der Branche zum Umgang mit Testvorhaben und Beratungsgremien der Stiftung Warentest erstellt. Darüber hinaus werden Tipps zur Werbung mit Testurteilen sowie deren Kommunikation in der Publikation für Mitglieder zusammengefasst. Wie können berufene Sachverständige zur Optimierung der Beratung in Fachbeiräten und Expertenrunden der Stiftung Warentest beitragen? Was können Unternehmen bei negativen Testurteilen der Stiftung Warentest tun? Welchen Spielraum hat die Ernährungsindustrie bei Warentests im Licht der Rechtsprechung? Diese und weitere Fragen werden von der BVE umfassend beantwortet.





Dialog Lebensmittel

Gelebter „Dialog Lebensmittel“ auf der IGW 2016

Vom 15. bis 24. Januar 2016 fand auf dem Berliner Messegelände die 81. Internationale Grüne Woche (IGW), die weltgrößte Verbrauchermesse für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau, statt. Die BVE ist ideeller Träger der Internationalen Grünen Woche, die 2016 ihr 90-jähriges Bestehen feierte.

Bereits zum zehnten Mal präsentierten sich die BVE und der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) gemeinsam auf der Messe, zum vierten Mal in Folge unter dem Motto „Dialog Lebensmittel“. Schwerpunktmäßig informierten die beiden Spitzenverbände der Ernährungswirtschaft die Messebesucher über die Aktivitäten der Branche zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen sowie rund um das Thema Lebensmittelsicherheit.



Der BVE-BLL-Messestand auf der Grünen Woche 2016

In der standeigenen Showküche fanden täglich bis zu vier Kochshows statt, in denen renommierte Köche kreative und zugleich einfache Speisen aus frischen und verarbeiteten Lebensmitteln zubereiteten. Zu den Köchen gehörten Daniel Schade vom Verband der Köche Deutschlands, Sebastian Morgenstern von der Agentur für kulinarische Kommunikation Kult;Büro und Sören Anders, der Fernsehkoch aus dem „ARD-Buffer“ und dem „ZDF-Fernsehgarten“.

An den Kochshows beteiligten sich auch rund 500 Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg, die bei der Zubereitung der Speisen aktiv mitmachen konnten. Damit haben BVE und BLL ihrer Forderung nach einer besseren Ernährungsaufklärung Taten folgen lassen und auf der weltgrößten Verbrauchermesse Ernährungsbildung in der Praxis angeboten.



Schülerkochen am BVE-BLL-Stand



Prominenz am Kochtopf (v.l.): Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer von BVE und BLL, Jürgen Abraham, BVE-Ehrenvorsitzender, Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und Daniel Schade, Verband der Köche Deutschlands



Der Ansturm auf die Kochkurse und das Engagement der Schülerinnen und Schüler hat uns gezeigt, dass das Interesse am und der Wille zum Kochen vorhanden ist. Das Potenzial sollte von der Politik genutzt werden. Wir müssen die Verbraucher von morgen fördern.“

Christoph Minhoff, BVE- und BLL-Hauptgeschäftsführer

Eine weitere Erkenntnis der zehntägigen Messe: Für die meisten IGW-Besucher ist Essen ein Erlebnis. Im Gegensatz zum Durchschnittsdeutschen kochen sie gerne und regelmäßig mit hochwertigen Zutaten. Das zeigt die Auswertung der Kochtypen-Umfrage, an der sich knapp 1.300 Messebesucher beteiligten.

Im Wechsel mit den Kochshows wurden die Themen Lebensmittelverschwendung, Lebensmittelsicherheit, Innovationen und Lebensmitteltrends auf der BVE-BLL-Dialogbühne in persönlichen Gesprächen und in verschiedenen Quizformaten aufgegriffen. Außerdem begrüßten die beiden Spitzenverbände abermals hohe Politikprominenz am Messestand, darunter den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, zahlreiche Mitglieder des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung,

Dr. Anton Hofreiter, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe.

Die nächste IGW findet vom 20. bis 29. Januar 2017 in Berlin statt.



Messebesucherinnen und -besucher informieren sich über die Qualität deutscher Lebensmittel

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Die BVE betreibt aktiv Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um Verbraucher und Medien über Lebensmittel, deren Herstellung sowie aktuelle Branchenthemen zu informieren. Neben dem Internetauftritt www.bve-online.de, regelmäßig erscheinenden Pressemitteilungen, dem wöchentlichen Newsletter und zahlreichen Print- und Online-Publikationen beantwortet die BVE-Pressestelle mehrmals in der Woche Anfragen von Journalisten. Außerdem ist der Verband in den sozialen Netzwerken Twitter, Facebook und YouTube aktiv und betreibt den Blog Filetspitzen.de. Zudem präsentiert die BVE die Branche auf zahlreichen Veranstaltungen und auf Messen.

Als Dachverband der Ernährungsindustrie versteht sich die BVE als starke Stimme der Branche und als Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft. Dabei ist es wichtig, nicht nur Informationen zu verbreiten, sondern mit der Öffentlichkeit in einen Austausch zu gelangen. Teile der deutschen Bevölkerung haben keine Vorstellung mehr davon, was es zum Beispiel heißt, Lebensmittel industriell zu erzeugen. Diese Versäumnisse heute aufzuarbeiten ist schwer und

führt beim Verbraucher oft zu Misstrauen. Wer eine Sache aber nicht versteht, wer sich vom Lebensmittel entfremdet, der ist auch empfänglich für Ängste. Die Industrie muss den Menschen deshalb erklären, unter welchen Bedingungen Lebensmittel entstehen und weshalb dies so notwendig ist. In diesem emotionalen Raum, in dem jeder Verbraucher jederzeit zum „Sender“ von Informationen werden kann, die Millionen Menschen erreichen, ist es schwer, Kommunikation, wie wir sie bisher kannten, zu steuern. Wir müssen neue Wege gehen.

“ Die Öffentlichkeitsarbeit ist mittlerweile einer der Schwerpunkte unserer Verbandsarbeit. Dass wir wahrgenommen und gehört werden, wird mir von Politik, Medien und Wirtschaftsteilen bestätigt.“

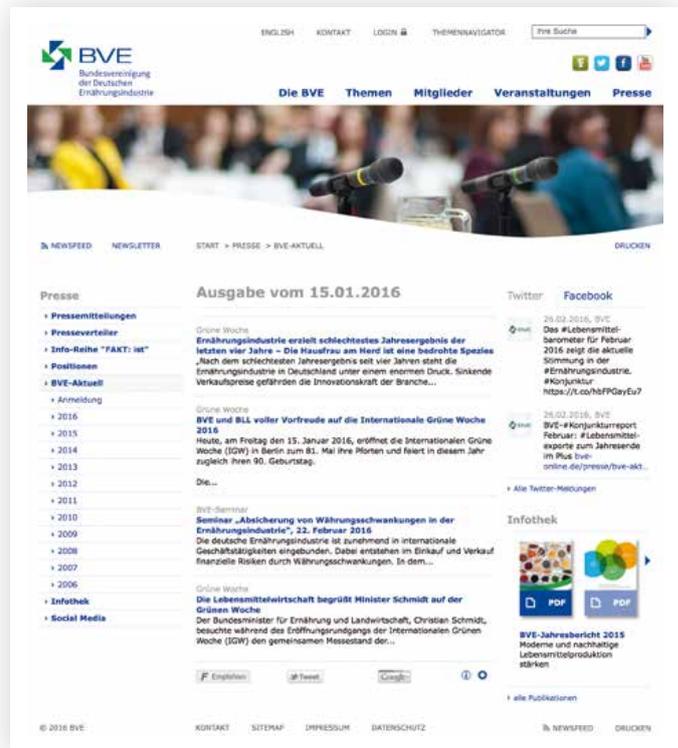
Christoph Minhoff, BVE- und BLL-Hauptgeschäftsführer



Die BVE unterstützt ihre Mitglieder im Bereich Öffentlichkeitsarbeit; insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlt häufig die Erfahrung in der professionellen Medienlandschaft. Darüber hinaus kooperiert die BVE in Fragen der Kommunikation mit dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL).

Internetauftritt

Das Internetangebot der BVE umfasst circa 2.500 Seiten. Neben einer allgemeinen Vorstellung des Spitzenverbandes der Ernährungsindustrie finden Interessierte Aktuelles zu Branchenthemen wie Rohstoffe, Steuern, Verbraucher, Umwelt, Außenhandelspolitik, Konjunktur, Statistik, Energie und Nachhaltigkeit sowie zum Marktumfeld, Konsumklima, Export und Kartellrecht. Außerdem informiert die Website über Veranstaltungen und Messen und bietet einen eigenen Pressebereich. Ein aktueller Terminkalender mit wichtigen BVE- und Branchenevents, die Infothek mit Fotos, Videos und Publikationen und persönliche Ansprechpartner zu allen Themen des Verbandes schaffen einen schnellen Überblick und direkten Zugang zu den Experten. BVE-online.de ist mit einer klaren Themenstruktur und informativen Grafiken das zentrale Informationsportal für den Zugang zur Ernährungsindustrie in Deutschland. Mit der Einbettung von Twitter, Facebook und YouTube



auf der Webseite werden die Leser über die Social-Media-Aktivitäten der BVE informiert. Die Website wird täglich gepflegt und berichtet nahezu in Echtzeit von Veranstaltungen. Mitglieder der BVE können sich in einen separaten Bereich einloggen, bei dem sie unter anderem auch Zugang zu Diskussionsforen bekommen.

BVE-aktuell

Der wöchentlich erscheinende Newsletter informiert über aktuelle Branchen- und Verbandsthemen. Die Abonnenten sind vielfältig: Neben Journalisten und Mitgliedern von BVE und FDE erhalten den Newsletter auch Vertreter von Wirtschaftsfachverbänden, Ministerien, Verwaltung, Marktpartner und Verbraucher. Das Abonnement ist öffentlich zugänglich, die Abonnentenzahl liegt mittlerweile bei über 4.000.

Pressestelle

In Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Interviews, Statements, Talkshow-Auftritten, Reden und Hintergrundgesprächen vertritt die BVE die Positionen der Ernährungsindustrie und erläutert Zusammenhänge rund um Lebensmittel. Im vergangenen Jahr veröffentlichte die BVE rund 45 Pressemitteilungen und bekam über 150 Presseanfragen.



Darin äußerte sich der Spitzenverband unter anderem zum Wertstoffgesetz, zu Branchenzahlen und Markteinschätzungen, Verbrauchertrends, Steuererhöhungen bei Lebensmitteln, Nachhaltigkeit, Palmöl oder zur Griechenlandkrise. Die Anfragen von Medienvertretern werden schnell und umfassend beantwortet.

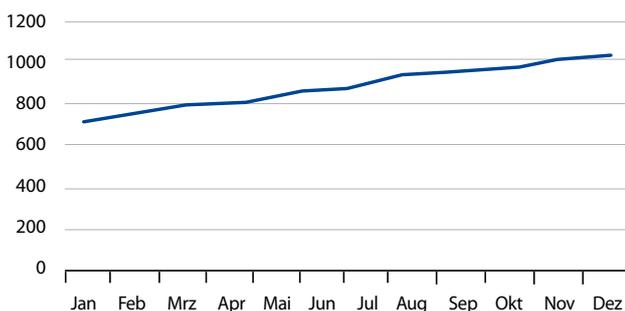
Zur BVE-Jahrespressekonferenz im Mai 2015 wurden Jahreszahlen, Daten und Fakten zur Ernährungsindustrie sowie aktuelle Verbrauchertrends vorgestellt.



Die mediale Resonanz der gesamten Pressearbeit ist enorm: Die BVE wurde knapp 150 Mal (ohne Dublette) in deutschen Print- sowie über 2000 Mal in Online-Portalen genannt. Dies entspricht einer Steigerung von 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Neben Zitanfragen aus Medienredaktionen erreichten die BVE auch Anfragen von Verbrauchern, Institutionen, Ministerien, Unternehmen, Verlagen, Agenturen, Schülern oder Studenten.

Anzahl der Follower auf Twitter 2015



Social Media

Die BVE ist auf Facebook, Twitter und YouTube mit einem eigenen Account vertreten. Die sozialen Netzwerke ermöglichen es, zielgerichtet und reaktionsschnell auf das relevante Tagesgeschehen einzugehen. Mediale Berichterstattung, Informationen von Veranstaltungen oder nützliche Tipps – es gibt vieles, was über die neuen Kanäle besser als über eine klassische Website oder Pressemitteilung kommuniziert werden kann. Neben Verbrauchern sind auch andere für die BVE relevante Zielgruppen, wie Journalisten, Politiker und Unternehmer, bei Twitter und Co. vertreten. Die Plattformen sind untereinander vernetzt, dies befeuert die Kommunikation.

Facebook und Twitter

Fast 370 „Gefällt mir“-Angaben zählt das Facebook-Profil der BVE. Etwa 1.050 Interessierte folgen dem Spitzenverband inzwischen auf Twitter und erhalten mehrmals täglich aktuelle Informationen rund um die Ernährungswirtschaft und die Arbeit der BVE. Über 1.900 Tweets hat der Verband seit der Veröffentlichung seines Accounts zu den verschiedensten Themen über Twitter verschickt. Insgesamt konnten die versendeten Tweets beinahe 400.000 Impressionen verzeichnen. Diese Eindrücke (Impressions) zeigen an, wie oft Nutzer die Nachricht auf Twitter gesehen haben.



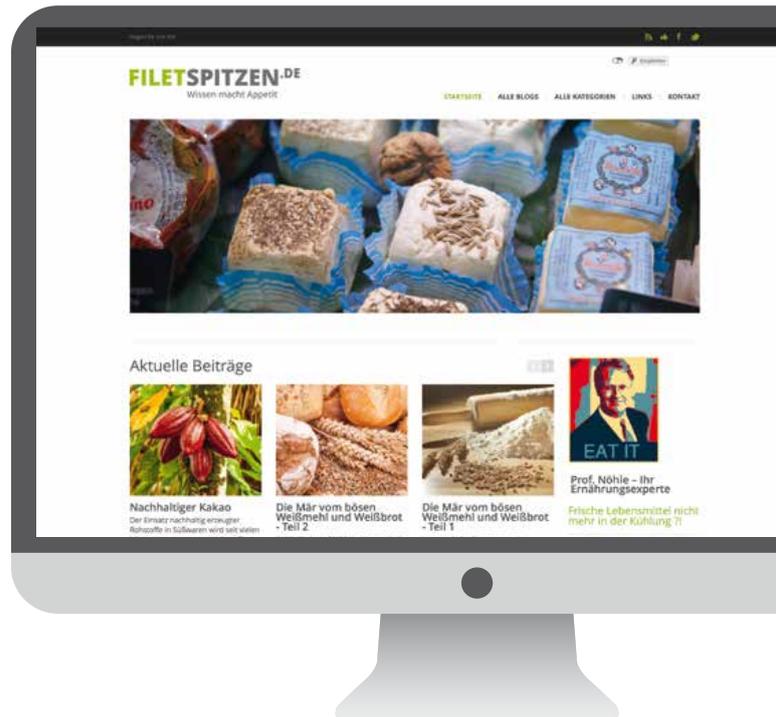


In der digitalen Welt der Industrie 4.0 gilt: Nicht der Große frisst den Kleinen, sondern der Schnelle den Langsamen“.

Christoph Minhoff, BVE- und BLL-Hauptgeschäftsführer

Filetspitzen.de

Außerdem betreibt die BVE den Blog Filetspitzen.de. Wenn die Ernährungsindustrie zu Unrecht an den Pranger gestellt wird, vertritt die BVE meinungsstark, manchmal auch mit etwas Ironie, auf dem Blog die Interessen der Branche. Weiterhin zeigt die Seite neue Trends und leistet Aufklärung über Verfahren und Prozesse der modernen Lebensmittelproduktion. Filetspitzen.de zählt mittlerweile über 100 Beiträge, die im vergangenen Jahr rund 10.000 Besucher angezogen haben. Die wöchentliche Kolumne von Professor Nöhle beschäftigt sich mit verschiedenen Lebensmittelthemen, wie zum Beispiel den neuesten Trends in der Ernährungsbranche wie Superfoods oder Veganismus und saisonalen Produkten wie Grillwürstchen oder Adventsgebäck. Weitere Beiträge klären über unterschiedliche Aspekte der italienischen Küche sowie die chinesische Essenskultur auf. Des Weiteren sind auf Filetspitzen.de Gastbeiträge erschienen: So berichtete der Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie über nachhaltigen Kakao, der Verband Deutscher Mühlen über Weißmehl, General Mills verfasste einen Beitrag über Eis und der Verband der Hersteller kulinarischer Lebensmittel fand eine Antwort auf die Frage, weshalb Werbung für Lebensmittel Kritik erfährt. Der meist gelesene Beitrag aus Professor Nöhles Essensalltag ist ein Beitrag aus dem vergangenen Jahr, der den Unterschied zwischen Joghurt und Quark erläutert.



Hier finden Sie die BVE in der Social-Media-Welt:

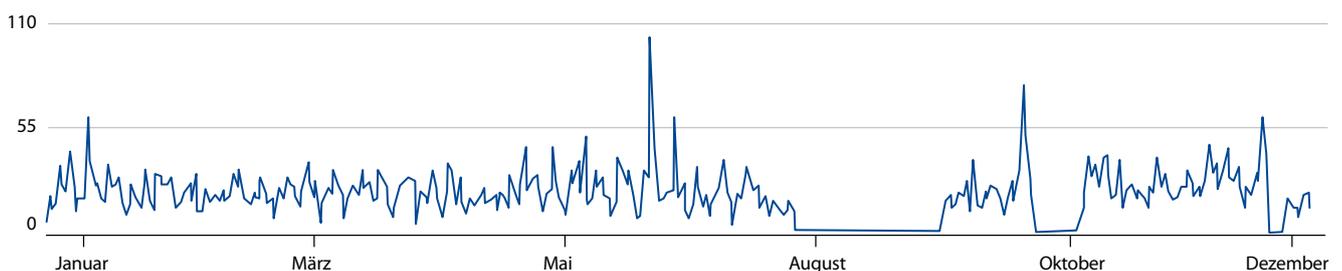
Twitter: www.twitter.com/bve_online

Facebook: www.facebook.com/BVEonline

Blog: www.filetspitzen.de

YouTube: <https://www.YouTube.com/user/BVEvideo>

Besuche der Filetspitzen-Seite 2015



2 Die Ernährungsindustrie



Die deutsche Ernährungsindustrie ist mit 569.162 Beschäftigten in 5.812 Betrieben die drittgrößte Industrie in Deutschland und führend in Europa. Die Branche ist zu 95 Prozent durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt, die in allen Regionen des Landes ansässig sind. Das deutsche Lebensmittelangebot ist mit 170.000 verschiedenen Produkten sehr vielfältig, es gibt kaum ein Produktsegment, das nicht in Deutschland hergestellt wird. Besonders leistungsfähig ist die deutsche Produktion von Fleisch und Fleischwaren, Milch und Milchprodukten, Süßwaren, alkoholischen Getränken sowie Obst- und Gemüseprodukten.

Die Lebensmittelhersteller sind eng mit ihrem Produktionsstandort verbunden und fest in die globale Lebensmittelkette integriert. Höchste Qualität, Sicherheit, Zuverlässigkeit und Kundenorientierung zu bezahlbaren Preisen machen die Ernährungsindustrie dabei international wettbewerbsfähig und Konsumenten weltweit zufrieden. Allein in Deutschland sorgt die Branche täglich für das Wohl der 81 Millionen Verbraucher. Dadurch sichert die Ernährungsindustrie nicht nur Beschäftigung und Stabilität, sondern auch den Wohlstand.

Im Jahr 2015 erzielte die Ernährungsindustrie das schwächste Jahresergebnis der letzten vier Jahre. Der Branchenumsatz sank um 2,1 Prozent im Vorjahresvergleich. Dazu beigetragen haben die stark sinkenden Verkaufspreise für die Lebensmittelhersteller, so mussten sie im Inland einen Preisverfall von 2,1 Prozent und im Ausland von 2,0 Prozent hinnehmen. Grund waren vor allem der starke internationale Preisdruck, der harte Wettbewerb sowie die hohe Marktkonzentration im deutschen Einzelhandel. Die Absatzmengen gingen somit um 0,1 Prozent zurück. Auch die Lebensmittelproduktion nahm ab, der saison- und kalenderbereinigte Produktionsindex sank um 1,3 Prozent.

Ein weiterer Grund für den Umsatzrückgang ist die anhaltende Stagnation im Inlandsgeschäft, hier sanken die Umsätze um 3,9 Prozent. Mit dieser Entwicklung wächst die Bedeutung des Exportgeschäfts als wichtiger Wachstumsmotor der Ernährungsindustrie. Jedoch sorgten mehr Konkurrenz aus dem Ausland und mehr Marktzugangshürden 2015 dafür, dass die Lebensmittelausfuhren nur um 1,9 Prozent auf 55,3 Milliarden Euro gesteigert werden konnten. Die Exportquote erhöhte sich leicht auf 33 Prozent.

Immer höhere Anforderungen an Lebensmittel und Hersteller treffen im Inland auf eine sinkende Mengennachfrage sowie ein steigendes Konsumbewusstsein und im Ausland auf zunehmende Handelsbarrieren und immer mehr Konkurrenz. Verstärkt wird der harte Wettbewerb durch das

Kennzahlen der Ernährungsindustrie

	2015	2014
Umsatz nominal	168,6 Mrd. € (-2,1%)	172,2 Mrd. € (-1,7%)
davon Inland	113,2 Mrd. € (-3,9%)	117,8 Mrd. € (-3,3%)
davon Ausland*	55,3 Mrd. € (+1,9%)	54,3 Mrd. € (+1,9%)
· EU	43,6 Mrd. € (+0,8%)	43,2 Mrd. € (+2,2%)
· nicht EU	11,8 Mrd. € (+6,0%)	11,1 Mrd. € (+0,8%)
Reale Umsatzentwicklung	-0,1%	-1,4%
Auslandsanteil am Umsatz	33%	32%
Betriebe	5.812 (-0,3%)	5.828 (-0,8%)
Beschäftigte	569.162 (+1,7%)	559.776 (+1,0%)
Verbraucherpreise gesamt	+0,3%	+0,9%
davon Nahrungsmittel und Getränke	+0,7%	+1,0%
Verkaufspreise Ernährungsindustrie		
Inland	-2,1%	-0,3%
Export	-2,0%	-0,5%

Quelle: Statistisches Bundesamt, BVE

*vorläufige Schätzung

(Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Klammern)

anhaltend hohe Kostenniveau in der Lebensmittelproduktion. Durch den Beschäftigungsaufbau, die Mindestlohnpolitik und die geltenden Tarifabschlüsse nehmen aber auch die Lohnkosten deutlich zu.

Der gestiegene Ertragsdruck stärkt die Verhandlungsmacht des Einzelhandels und den Preisdruck. In der Folge schreitet die Konsolidierung in der Branche weiter voran. Das Nullwachstum behindert zudem nachhaltige Innovationen und damit die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Bei dem steigenden Konkurrenzdruck können sich die HerstellernurdurchQualität, Produktinnovationen und die effizientere Gestaltung von Produktionsprozessen gegen ihre Wettbewerber durchsetzen.

Die Ernährungsindustrie behauptet sich trotz Konjunktursorgen als verlässlicher und stabiler Arbeitgeber. Durch die hohen Anforderungen an eine moderne, hochwertige, sichere und nachhaltige Produktion steigt der Fachkräftebedarf in der Branche. So wurden 2015 in der Ernährungsindustrie fast 10.000 neue Stellen geschaffen.

Anteile der Branchen am Gesamtumsatz der Ernährungsindustrie 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, BVE

Prognose 2016

Für die Unternehmen der Ernährungsindustrie nehmen Unsicherheiten und Ertragsdruck zu. Hohe Lohnkosten, ein zunehmender Fachkräftebedarf sowie die steigenden Anforderungen der Verbraucher an Qualität und Nachhaltigkeit beschäftigen die Unternehmen 2016 laut einer BVE-Umfrage am meisten. Die zunehmende Marktkonzentration und Konsolidierung in der Ernährungsindustrie, das wachsende Informationsbedürfnis der Verbraucher zu Herkunft und Produktionsmethoden, aber auch hohe Preise und Knappheit bei einzelnen Rohstoffen sowie immer mehr Regulierung und Bürokratie stellen weitere Belastungen dar. Und auch die höheren Energiekosten und der wachsende Marktanteil der Handelsmarken werden die Unternehmen weiter in hohem Maße beschäftigen. Angesichts dieser Herausforderungen mit einem stagnierenden Inlandsabsatz sowie zunehmender internationaler Konkurrenz zeigt sich das Geschäftsumfeld der Branche deutlich erschwert. Für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sind deutliche Impulse notwendig. Wichtigster Wachstumstreiber für die Branche ist auch in Zukunft das Exportgeschäft.

Bleiben die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum weiterhin schwierig, wird die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie zu einer großen Herausforderung. Es müssen neue Absatzmärkte erschlossen, Regulierung und Bürokratie eingedämmt, faire Handelspraktiken gestärkt, Investitionen in mehr Nachhaltigkeit und Qualität gefördert, die Wertschätzung für Lebensmittel



erhöht, die gesellschaftliche Aufklärung und Bildung verbessert, bezahlbare Produktionsmittel verfügbar gemacht, Handelshemmnisse abgebaut sowie bilaterale Handelsabkommen mit Wachstumsmärkten wie den USA abgeschlossen werden.

Die mittelfristigen Geschäftserwartungen der Branche für 2016 sind angesichts der Umsatzeinbußen 2015 verhalten. Die BVE rechnet für 2016 mit Stagnation. Bedingt wird ein weiteres Branchenwachstum durch die Entwicklung des Exportgeschäfts, der Marktpreise, der Produktionskosten, des privaten Konsums und des wirtschaftspolitischen Rahmens.

Wetterwechsel: steigender Ertragsdruck in der Ernährungsindustrie – Herausforderungen und Strategien

Die BVE als wirtschaftspolitischer Spitzenverband der Ernährungsindustrie und Ebner Stolz als Beratungshaus mit starkem Fokus auf die Branche sowie BVE-Fördermitglied haben am 15. März 2015 im Rahmen eines exklusiven Unternehmergespräches in Berlin ihre gemeinsame Studie „Wetterwechsel: steigender Ertragsdruck in der Ernährungsindustrie – Herausforderungen und Strategien“ vorgestellt. Ziel der Studie ist es, der Ernährungsindustrie Strategien für die zahlreichen Herausforderungen am Markt an die Hand zu geben und Antworten auf zentrale



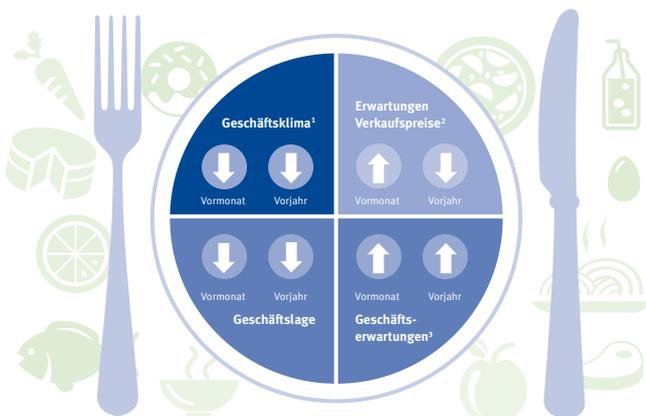
Fragen zu finden, zum Beispiel: „Wie können die Unternehmen mehr Wertschöpfung erzielen, den Absatz steigern, effizienter werden, nachhaltiger wirtschaften und ihren Beschäftigten Perspektiven geben?“. Für die Studie wurden in 2015 die Top-Entscheider der Ernährungsindustrie befragt. Expertenbeiträge und Praxisberichte ergänzen die Studienergebnisse. Für die BVE macht die Studie deutlich, dass vor allem auch die Politik gefragt ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhalten, den Regulierungsdruck zu senken und branchengerechte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die BVE informiert regelmäßig über die Lage der Branche.

Lebensmittel-Barometer Februar 2016



Die aktuelle Stimmungslage in der Ernährungsindustrie im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr



1 Geschäftsklima = Geschäftslage + Geschäftserwartungen
 2 für 3 Monate
 3 für 6 Monate



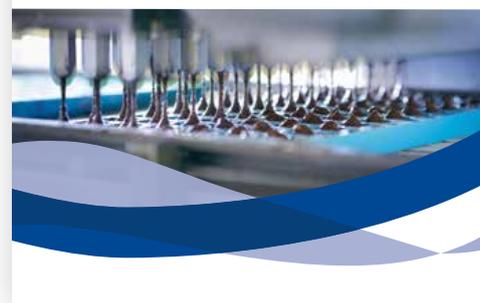
Konjunkturbericht der Ernährungsindustrie 02 | 2015

Die Ernährungsindustrie ist mit 540.000 Beschäftigten der drittgrößte Industriezweig in Deutschland. Die zu 80 Prozent durch kleine und mittelständische Betriebe geprägte Branche sichert Stabilität, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Die Ernährungsindustrie musste im zweiten und dritten Quartal 2015 Umsatzeinbußen hinnehmen, lediglich im Juli und August 2015 konnte der Absatz leicht ausgebaut werden. Neue notwendige Wachstumsimpulse fehlen. Der Ertragsdruck ist empfindlich angestiegen. Die Unternehmen der Ernährungsindustrie sind herausgefordert schnell neue Märkte zu erschließen und mehr Wertschöpfung zu generieren.

Höchste Qualität, Sicherheit, Zuverlässigkeit und Kundenorientierung zeichnen die moderne Lebensmittelproduktion aus. Die Ernährungsindustrie sorgt täglich für das Wohl von 80 Millionen Verbrauchern in Deutschland; mit einem Exportanteil von 33 Prozent schätzen darüber hinaus Kunden weltweit die Qualität deutscher Produkte.

Inhalt	Seite
1 Gesamtwirtschaftliche Lage	Seite 2
2 Konjunkturentwicklung der Ernährungsindustrie im 2. und 3. Quartal 2015	Seite 4
3 Arbeitsmarkt	Seite 8
4 Situationsberichte aus den Branchen	Seite 10



Industrie 4.0 in der Ernährungsindustrie

Die Digitalisierung und Vernetzung nimmt auch in der Ernährungsindustrie immer mehr zu, aus diesem Anlass hat die BVE gemeinsam mit PricewaterhouseCoopers (PwC) eine Publikation zum Thema Industrie 4.0 in der Lebensmittelindustrie veröffentlicht. Darin ist beschrieben, wie Unternehmen sich bei hohem Wettbewerbsdruck und anspruchsvollen Konsumenten durch ständigen Fortschritt auf dem Weltmarkt behaupten können. Die Digitalisierung und intelligente Vernetzung von horizontalen wie vertikalen Wertschöpfungsprozessen in der Branche bergen den Vorteil, die Transparenz, Planungssicherheit, Qualität und Kundenorientierung in der Lebensmittelherstellung verbessern zu können. Der Einsatz intelligenter Informationstechnik und Softwaresysteme hält bereits in der Branche Einzug und macht die Potenziale digitalisierter und vernetzter Systeme deutlich.

Eine zunehmende Digitalisierung führt auch zu neuen Herausforderungen. Um die Sicherheit von Produkten, Informationen und Produktionsprozessen nicht zu gefährden, ist heute die Vernetzung häufig noch auf einen Produktionsstandort beschränkt. Die Verbesserung der IT-Sicherheit spielt daher eine zunehmend wichtigere Rolle für die Unternehmen.

Um die Chancen und Herausforderungen von Industrie 4.0 mit den Lebensmittelherstellern, der Politik und Wissenschaft zu diskutieren, veranstaltete die BVE am 3. November 2015 den Workshop „Industrie 4.0 in der Ernährungsindustrie – Anwendungen, Herausforderungen, Chancen“. Die Teilnehmer kamen zu dem Ergebnis, dass die Ernährungsindustrie im Vergleich zu anderen Industriebranchen viele Best-Practice-Beispiele für Industrie 4.0-Anwendungen vorweisen kann.



Die großen Chancen und Herausforderungen, die Industrie 4.0 für die Branche bietet, müssen jedoch strategisch organisiert und unterstützt werden. Die BVE wird die Branche hier aktiv begleiten und Partnerschaften zur Umsetzung von Industrie 4.0 in den Handlungsfeldern Produktion und Prozesse, Datenschutz und Datensicherheit, Personal sowie Verbraucherverhalten aufbauen.

Zehn Jahre BVE-Krisenmanagement

Lebensmittelhersteller sind dafür verantwortlich, dass ihre Produkte gesundheitlich unbedenklich sind und den gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Vorgaben entsprechen.

Lebensmittel müssen daher jederzeit kontrolliert werden, um Schäden für Verbraucher und Unternehmen auszuschließen oder zumindest so gering wie möglich zu halten. Die damit verbundenen Herausforderungen, wie zum Beispiel die Abstimmung mit Handelspartnern, Lieferanten, Behörden, sind häufig komplex und können unter dem einhergehenden Zeitdruck die Managementkapazitäten überfordern.

Dies war 2006 der Anlass, das BVE-Krisenmanagement zu gründen und den Unternehmen damit eine sofortige und bedarfsgerechte Unterstützung im Krisenfall zu ermöglichen. An sieben Tagen in der Woche, jeweils 24 Stunden, stehen über das BVE-Krisenmanagement erfahrene Krisenmanager und Experten aus den verschiedensten Disziplinen parat, auf die betroffene Unternehmen zurückgreifen können, um im Krisenfall sachgerecht zu agieren beziehungsweise zu reagieren.





Teil des BVE-Krisenmanagements ist darüber hinaus ein modular aufgebautes Schulungssystem, das Teilnehmern Wissen und Tipps im Krisenfall und zur Prävention vermittelt.

In den vergangenen Jahren haben mehrere hundert Unternehmen die Leistungen des BVE-Krisenmanagements in Anspruch genommen. Es hat sich bewährt und ist in der Branche anerkannt.

Kooperationspartner der ersten Stunde im Rahmen des BVE-Krisenmanagements ist das FDE-Mitglied, die AFC Risk & Crisis Consult GmbH.

Umsetzung des BSIG im Sektor Ernährung

Am 25. Juli 2015 trat das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (BSIG) in Kraft, welches Kritische Infrastrukturen (KRITIS) in den Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung sowie Finanz- und Versicherungswesen schützt. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat eine Rechtsverordnung entworfen, die festlegt, welche Einrichtungen in den betroffenen Bereichen als Kritische Infrastruktur im Sinne des BSI-Gesetzes gelten. Die Umsetzung für den Sektor Ernährung soll 2016 beginnen.

Der Sektor Ernährung im Sinne des BSIG stellt die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in ausreichender Qualität und Quantität sicher und umfasst die Prozessschritte Urproduktion, Lebensmittelverarbeitung und Lebensmittelverteilung. In dem im März 2016 vorliegenden

Referentenentwurf der Rechtsverordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSIG des BMI sollen damit auch Anlagen bestimmter Größe zur Erzeugung, Be- und Verarbeitung, Lagerung und Distribution von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln innerhalb der Ernährungsindustrie umfangreiche Standardisierungs-, Melde- und Auditierungspflichten zur IT-Sicherheit erfüllen.

Die BVE hat zu dem Entwurf Stellung genommen und deutlich gemacht, dass die Ernährungsindustrie durch die vorhandenen mittelständischen und heterogenen Produktions- und Lieferkettenstrukturen sowie die bestehenden Handelsbeziehungen keine Kritische Infrastruktur im Sinne des BSIG ist. Durch die heterogene und mittelständische Struktur der Ernährungsindustrie, die erzeugten Über- und Lagerkapazitäten, die bestehenden Handelsverflechtungen mit dem Ausland und schließlich auch der existierenden staatlichen Ernährungsnotfallvorsorge sieht die BVE die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und sogar darüber hinaus als sicher. Ausfälle einzelner Betriebe und Anlagen führen nicht zu Versorgungsengpässen in der Lebensmittelproduktion, da ausfallende Kapazitäten aus den genannten Gründen aufgefangen werden können.

Am 2. März 2016 fand im BMI die Verbändeanhörung zur Diskussion der eingereichten Stellungnahmen statt. In der Verbändeanhörung konnte die Prüfung der Anhebung der Schwellenwerte in den Bereichen der Getränkeherstellung sowie für exportierende Unternehmen und eine Konkretisierung der Begriffe Lebensmittel, Getränke und Anlagen für den Sektor Ernährung erreicht werden. Die BVE-Forderung nach der Berücksichtigung der Exporte bei der Berechnung der Schwellenwerte wurden in der BSI-Kritis Verordnung umgesetzt und die Schwellenwerte für Speisen und Getränke erhöht.

Die BSI-Kritis Verordnung wurde am 13. April 2016 vom Bundeskabinett beschlossen und soll im Mai 2016 in Kraft treten. Ab Inkrafttreten gilt eine Zweijahresfrist zur Festlegung des Branchenstandards, bereits sechs Monate nach Inkrafttreten müssen Anlagenbetreiber jedoch ihre Betroffenheit geprüft und gemeldet haben. Die BVE wird die Unternehmen der Ernährungsindustrie weiter bei der Implementierung des Gesetzes unterstützen sowie darüber hinaus die notwendigen Dialogprozesse zu einem IT-Sicherheitsstandard für die Branche begleiten. Der Austausch mit Betreibern kritischer Infrastrukturen sowie die Diskussion von branchenspezifischen Mindeststandards erfolgt im UP KRITIS, einer Public Private Partnership zum Schutz von Kritischen Infrastrukturen.

3 Märkte und Wettbewerb



Lebensmitteleinzelhandel

Der Lebensmitteleinzelhandel ist der größte Absatzkanal für die Ernährungsindustrie. 2015 konnte der Umsatz mit Lebensmitteln im Einzelhandel um 2,3 Prozent auf rund 191 Milliarden Euro gesteigert werden. Die Lieferbeziehungen der rund 6.000 mittelständischen Lebensmittelhersteller mit ihren Abnehmern im Einzelhandel sind von einem hohen Wettbewerbsdruck geprägt. Nur fünf Großunternehmen des Handels beherrschen drei Viertel des Marktes und führen einen intensiven Preis- und Qualitätswettbewerb. Bei ungleicher Machtverteilung in den Verhandlungen müssen daher von den kleineren Lebensmittelherstellern häufig die geforderten Konditionen des Handels akzeptiert werden, um bestehende Listungen nicht zu gefährden. Angesichts der ohnehin schwierigen Ertragslage der Unternehmen der Ernährungsindustrie bedeutet dies eine deutliche Belastung.

Trends im Lebensmitteleinzelhandel

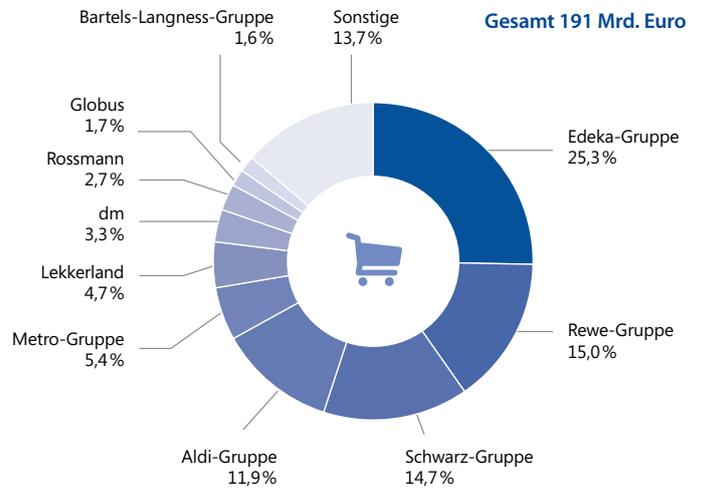
Gesellschaftliche Trends und die sich wandelnden Ernährungs- und Konsumgewohnheiten verändern auch das Einkaufsverhalten der Verbraucher. Die Verbraucher kaufen vor allem weniger und seltener ein, so sank der Mengenkonsum im Einzelhandel mit Lebensmitteln in den letzten drei Jahren um fast drei Prozent. Zudem tätigten die Verbraucher im Durchschnitt 50 Einkäufe weniger als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig steigt das Bedürfnis der Verbraucher nach mehr Qualität, Service und Information, aber auch an Convenience und ständiger Verfügbarkeit. Auch der Lebensmitteleinzelhandel ist gefordert, sich diesen Verbrauchertrends anzupassen. Breite Sortimente und der Ausbau der Premiumhandelsmarken, individuelle Dienstleistungen sowie neue und verbesserte Ladenkonzepte sind Strategien des Lebensmitteleinzelhandels, um eine höhere Wertschöpfung zu generieren. Besonders die Vollsortimenter konnten 2015 ihre Marktanteile ausbauen, während die stärker am Preiswettbewerb orientierten Discounter Marktanteile einbüßten. Der Discountanteil im Lebensmitteleinzelhandel lag 2015 bei 42 Prozent. Das sich wandelnde Konsumverhalten bietet für Handel und Industrie viele Chancen, die gemeinsam genutzt werden können.

Handelskonzentration

2015 hat EDEKA angekündigt, 450 Filialen von Kaiser's Tengelmann übernehmen zu wollen.

Die BVE hat im Rahmen der Sektoruntersuchung „Lebensmitteleinzelhandel“ des Bundeskartellamts darauf hingewiesen, dass die in der Untersuchung belegte Dominanz der vier führenden Lebensmittelhändler in Deutschland bei zukünftigen Zusammenschlüssen zu berücksichtigen ist.

Anteile am Lebensmittelumsatz im Einzelhandel 2015



Quelle: TradeDimensions

Die vom Bundeskartellamt am 27. Mai 2015 erklärte Untersagung des Erwerbs der Filialen von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA hat dem Standpunkt der BVE folgerichtig Rechnung getragen.

Im Hinblick auf das Begehren von EDEKA und Tengelmann, die Fusion über eine Ministererlaubnis herbeizuführen, hat sich die BVE gegenüber der Monopolkommission geäußert. Sie hat dargelegt, dass die Entscheidung des Bundeskartellamts korrekt und nachvollziehbar ist.

In ihrem Sondergutachten, das am 3. August 2015 veröffentlicht wurde, hat sich die Monopolkommission gegen eine Ministererlaubnis ausgesprochen – auch unter Bedingungen und Auflagen.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat am 15. Januar 2016 erklärt, dass er bereit sei, den Zusammenschluss und die Übernahme von Filialen unter bestimmten Voraussetzungen, die auf die Sicherung von Arbeitsplätzen abzielen, zu genehmigen. Das Verfahren ist weiterhin anhängig.

Rekordumsätze im deutschen Außer-Haus-Markt

Der private Außer-Haus-Konsum gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Menschen nutzen das vielfältige gastronomische Angebot und verzichten zugunsten von regelmäßigen Besuchen in Restaurants, Kantinen und Imbissen auf Mahlzeiten am heimischen Esstisch. Bereits heute ist der Außer-Haus-Markt nach dem Lebensmitteleinzelhandel der zweitwichtigste Absatzkanal für die Ernährungsindustrie.

Laut dem CRESTonline Panel der npdgroup Deutschland in Nürnberg war das Jahr 2015 nicht nur eine Fortsetzung der positiven Trends aus den Vorjahren, sondern ein wahres Rekordjahr. Die Verbraucherausgaben stiegen über alle Marktsegmente hinweg so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr. Der private Außer-Haus-Konsum im Jahr 2015 lag bei knapp 73,6 Milliarden Euro, einem Plus von 3,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

INTERNORGA: Leitmesse für den Außer-Haus-Markt



Die INTERNORGA ist seit 1921 die europäische Leitmesse für Hotellerie, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung. Jedes Jahr im März präsentieren rund 1.300 Aussteller aus dem In- und Ausland auf dem Hamburger Messegelände ihre Neuheiten, Trends und Komplettlösungen für den gesamten Außer-Haus-Markt.

Nach der bisher größten INTERNORGA im vergangenen Jahr, war 2016 ein weiteres ganz besonderes Messejahr: Die Messe feierte vom 11. bis 16. März 2016 ihren 90. Geburtstag und das Messegelände war erneut ausgebucht.

Die INTERNORGA setzte sich 2016 verstärkt für die Nachwuchsförderung in der Gastronomie ein. Mit dem Next Chef Award initiierte die internationale Leitmesse für den Außer-Haus-Markt gemeinsam mit Star-Koch Johann Lafer einen großen innovativen Kochwettbewerb, bei dem junge Koch-Talente ihr handwerkliches Geschick und Können vor einer fachkundigen Jury beweisen mussten. Der Kochwettbewerb soll von nun an fester Bestandteil des Messe-Programms sein.

Auch die aufgrund der großen Nachfrage um rund 25 Prozent vergrößerte Newcomers' Area galt auf der Messe erneut als „must see“, wenn es um innovative Ideen und Konzepte ging. Hier starteten viele Produkte ihren Siegeszug in den deutschen Außer-Haus-Markt. Insgesamt stellten über 20 Unternehmen ihre Innovationen vor und testeten, ob ihre Ideen und Konzepte bei der Zielgruppe ankommen.

Im Rahmen der Messe wird seit 2011 der INTERNORGA-Zukunftspreis verliehen. Dieser zeichnet besonders nachhaltig und verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen aus, die den Außer-Haus-Markt mit innovativen Produkten und intelligenter Technologie voranbringen.

Einen für die gesamte Branche durchaus positiven Ausblick auf das nächste Jahr gab das anlässlich der INTERNORGA veröffentlichte GV-Barometer 2016. So planen 67 Prozent aller befragten Betriebe im deutschen Großverbraucherbereich zusätzliche Investitionen und sind zudem der Meinung, dass die Bereitschaft bei den Gästen wächst, für etwas Besonderes auch einen höheren Preis zu bezahlen.

Die BVE unterstützt die INTERNORGA als ideeller Träger. Die nächste INTERNORGA findet vom 17. bis 21. März 2017 in Hamburg statt.

Von der positiven Umsatzentwicklung profitierten alle vier Marktsegmente (Bediengastronomie und Hotels, Schnellgastronomie und Imbisse, Arbeits- und Ausbildungsplatzverpflegung sowie die Erlebnis- und Freizeitgastronomie) gleichermaßen. Im zweiten Jahr in Folge fiel das Plus am stärksten in der Kategorie Arbeits- und Ausbildungsplatzverpflegung (+4,5 Prozent) aus, gefolgt von der Schnellgastronomie (+3,7 Prozent), der klassischen Bediengastronomie und Hotellerie (+3,1 Prozent) sowie der Erlebnis- und Freizeitgastronomie (+3,0 Prozent).

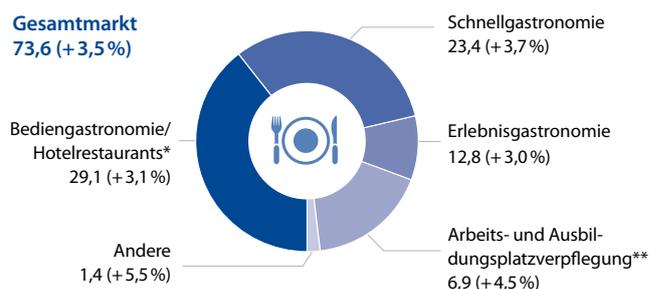
Erstmals seit langer Zeit sind im Vergleich zum Vorjahr mit +0,5 Prozent im Gesamtmarkt auch die Besucherzahlen (rund 11,5 Milliarden über das gesamte Jahr hinweg) wieder gestiegen. Diese positive Tendenz zeichnete sich auch schon in den Halbjahreszahlen ab. Lediglich das Segment der klassischen Bediengastronomie und Hotellerie liegt bei der Besucherentwicklung mit -0,2 Prozent im Vergleich zu 2014 noch im negativen Bereich.

Trotz des Besucherzuwachses resultiert die positive Umsatzentwicklung weiterhin überwiegend auf höheren Durchschnittsausgaben pro Besuch. So gab jeder Gast 2015 im Durchschnitt über alle Segmente hinweg 6,39 Euro pro Besuch aus. Das sind knapp 2,9 Prozent mehr als in 2014. Im Bereich der Schnellgastronomie stiegen die Ausgaben mit +3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr am höchsten.

Der Anstieg der Ausgaben pro Außer-Haus-Besuch ist auf der einen Seite auf die notwendigen Preisanpassungen aufgrund des in der Branche eingeführten Mindestlohns zurückzuführen. Auf der anderen Seite sind die mehrheitlich akzeptierten Mehrausgaben in Verbindung mit den wachsenden Besucherzahlen ein Beleg dafür, dass im Außer-Haus-Markt die Wertschätzung der Konsumenten für Lebensmittel und Getränke zunimmt.

Außer-Haus-Markt Konsumausgaben 2015

Ausgaben in Mrd. Euro (Veränderung zu 2014 in Klammern)



* Hotellerie inkl. Frühstück bei Übernachtung

** inkl. Vending am Arbeits-/Ausbildungsplatz

Quelle: CRESTonline Deutschland, npdgroup deutschland GmbH, Nürnberg

Im Segment der Arbeits- und Ausbildungsplatzverpflegung sind die Umsatzzuwächse durch mehr Frequenz und höhere Ausgaben zudem auf die gute Wirtschaftskonjunktur und die damit verbundene hohe Zahl der Erwerbstätigen, auf hohe Studentenzahlen sowie auf die zunehmende Einführung von Ganztagschulen in Deutschland zurückzuführen.

Die Zeichen im deutschen Außer-Haus-Markt stehen weiterhin auf Wachstum. Dies bestätigen die anhaltend positiven Ergebnisse des GV-Barometers 2016, das traditionell im Vorfeld der INTERNORGA Messe in Hamburg erhoben wird und der Ernährungsindustrie eine Orientierung über das Investitions- und Innovationsklima in der Großverbraucher-Branche gibt. Aus diesem geht unter anderem hervor, dass die Gäste in der deutschen Gastronomie vermehrt bereit sind für etwas Besonderes auch einen höheren Preis zu zahlen. Dies geht einher mit der Erfahrung der Gastronomen, dass den Gästen vor allem in Betriebskantinen ein qualitativ hochwertiger Wareneinsatz zunehmend wichtiger wird als ein günstiger Preis.

Die Ernährungsindustrie am Weltmarkt

Die Ernährungsindustrie exportierte 2015 Lebensmittel im Wert von 55,3 Milliarden Euro. Damit konnten die Ausfuhren nur um 1,9 Prozent im Vorjahresvergleich ausgebaut werden. Die Exportquote erhöhte sich nur leicht auf 33 Prozent. Ausschlaggebend waren die schwache Konjunktur in der EU, der zunehmend schwierige Marktzugang, mehr Handelshemmnisse und Konkurrenz sowie ein erheblicher Preisdruck auf dem Weltmarkt. Die Ausfuhrpreise sanken um 2 Prozent. Mengenmäßig konnte folglich der Lebensmittelexport sogar um 3,9 Prozent gesteigert werden.

Die stagnierende Mengennachfrage im Inland steigert die Bedeutung des Exportgeschäfts als wichtiger Wachstumsmotor für die Ernährungsindustrie. Die Erschließung von vielen neuen Absatzmärkten im Export sichert den Lebensmittelherstellern Erträge, Stabilität und Beschäftigung. Immer mehr Verbraucher weltweit schätzen die Qualität und Zuverlässigkeit deutscher Lebensmittel zu einem günstigen Preisniveau.

Der harte Wettbewerb und die steigenden Ansprüche der Kunden an Lebensmittel haben die Branche in der Qualität und im Preis auch international wettbewerbsfähig gemacht. Heute ist Deutschland der drittgrößte Exporteur und Importeur von Lebensmitteln und Agrarerzeugnissen am Weltmarkt sowie ein Nettoexporteur von verarbeiteten Lebensmitteln. 2015 stiegen die Agrarimporte auf 80 Milliarden Euro.



EU-Binnenmarkt

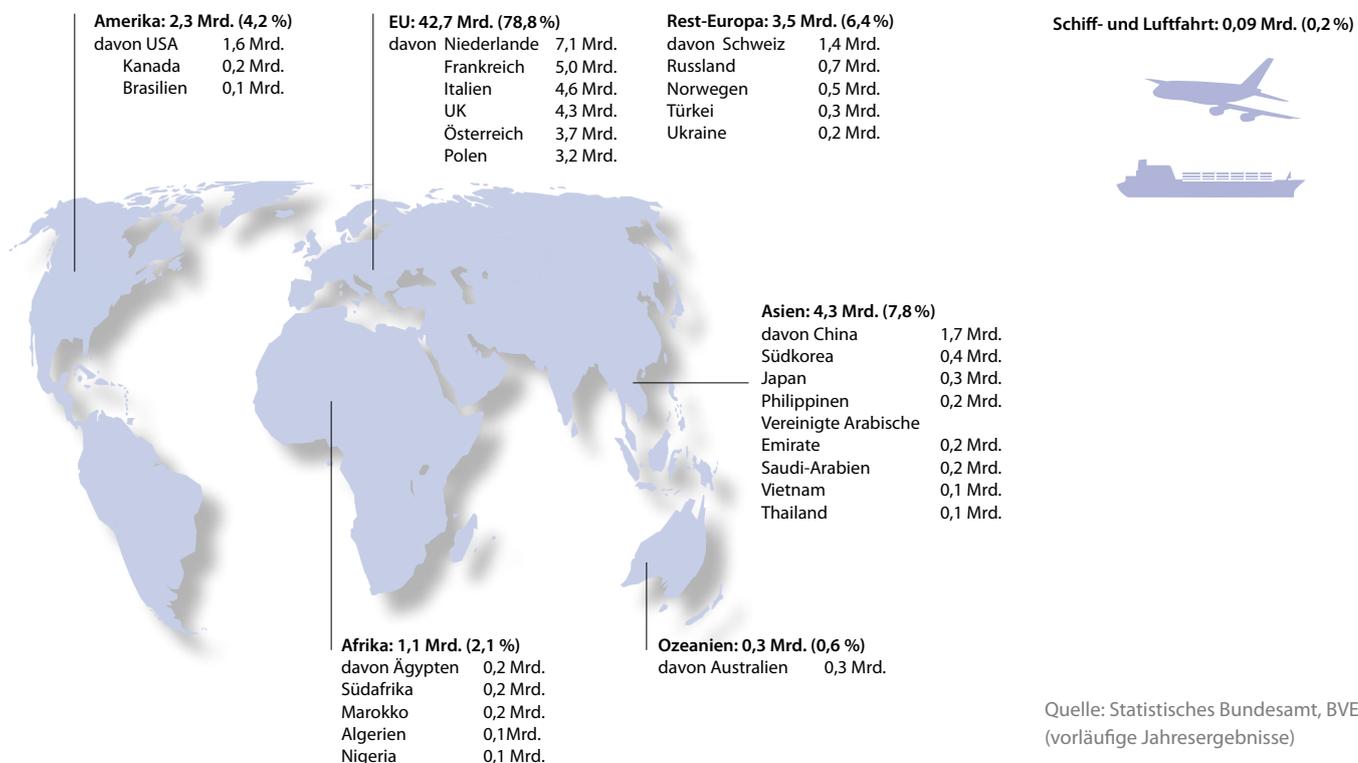
Knapp 80 Prozent der deutschen Lebensmittelexporte gehen in die EU. Der Ernährungsindustrie erleichtern hier die Vorteile des Binnenmarktes, kurze Transportwege und vergleichbare Konsumpräferenzen, den Export. Die wichtigsten Handelspartner sind die Niederlande, Frankreich, Italien, Großbritannien und Österreich. 2015 nahm das EU-Exportgeschäft um 0,8 Prozent leicht zu. Eine anhaltend schwache Konjunktur und Konsumstimmung und besonders der zunehmende Wettbewerb und Preisdruck zwischen den Mitgliedstaaten und gegenüber Drittländern hemmten weiteres Wachstum.

Wachstumschancen in Drittländern

Wachstumschancen liegen für die deutschen Lebensmittelhersteller in kaufkräftigen und konsumfreudigen Absatzmärkten zunehmend auch außerhalb der EU, so etwa in Asien und Amerika. Vier von fünf Lebensmittelexporteure setzen ihre Produkte bereits in Drittländern ab. Die wichtigsten Absatzmärkte abseits des EU-Binnenmarktes sind China, die USA, die Schweiz und Russland. 2015 wurden Lebensmittel im Wert von 11,8 Milliarden Euro außerhalb der EU abgesetzt. Damit konnte das Drittlandsexportgeschäft im Vorjahresvergleich um 6 Prozent ausgebaut werden. Der unzureichende Marktzugang, mehr Konkurrenz, immer mehr Handelshemmnisse in chancenreichen Märkten, die mangelnde Rechtssicherheit, aber auch Unsicherheiten bei Wechselkursen und Handelspartnern setzten das Wachstum jedoch unter Druck. Auch die anhaltenden Russlandsanktionen forderten die Branche heraus, alternative Absatzmärkte zu erschließen.

Ausfuhr der deutschen Ernährungsindustrie 2015

in Euro, Anteil an Gesamtausfuhr in Klammern



Zunehmend offene Agrarmärkte und ein steigender Welt-handel haben die Wertschöpfungsketten und Absatzmärkte der Lebensmittelproduktion internationalisiert. Eine bessere Arbeitsteilung und ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage sowie eine größere Auswahl und günstigere Preise sind Chancen. Herausforderungen bestehen jedoch in dem deutlich gestiegenen Wettbewerbsdruck im Agrarhandel sowie der Transparenz und Sicherheit entlang der Lieferketten. Die Marktanteile der deutschen Lebensmittelhersteller im weltweiten Wettbewerb müssen gesichert und ausgebaut werden. Dazu braucht es neue Absatzmärkte, eine stärkere Diversifizierung der Abnehmerländer, verlässliche Rahmenbedingungen der Politik, eine klare Förderung der Exportorientierung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen und den Abbau von Handelshemmnissen. Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie erhalten werden.

Kein Exportwachstum ohne Unterstützung der Politik

Der Zugang zu vielen wichtigen Exportmärkten, vor allem außerhalb der EU, ist ohne die Unterstützung der Politik nicht möglich. Insbesondere wenn keine handelspolitischen Abkommen existieren, führt die Marktzulassung in Drittländern häufig nur über eine bilaterale Abstimmung der zuständigen Behörden. Die Politik ist daher aufgefor-

dert das Exportwachstum der Ernährungsindustrie aktiv zu unterstützen und der Branche mehr strategisch wichtige Märkte im Ausland zu öffnen. Dazu sind vor allem entsprechende Ressourcen in den zuständigen Behörden auf Bundes- und Länderebene notwendig.

Die BVE begrüßt daher, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) jüngst erneut bekräftigte, den Agrexport weiter zu unterstützen. So wurden im BMEL sowie auch im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit weitere Umstrukturierungen in den exportrelevanten Bereichen umgesetzt, um den Ablauf der Arbeitsprozesse zu verbessern. Zur Anhörung der Exportinteressen der Wirtschaft lädt das BMEL darüber hinaus in regelmäßigeren Abständen zu Verbändegesprächen.

BMEL-Exportgipfel am 14. Oktober 2015

Am 14. Oktober 2015 lud der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt hochrangige Vertreter der Land- und Ernährungswirtschaft in das Bundesministerium (BMEL) in Berlin, um über die aktuelle Marktlage und Strategien für den Export zu diskutieren. Bei dem Treffen nahm auch die BVE auf Vorstandsebene Stellung. Einigkeit herrschte zwischen Wirtschaft und Politik, dass der Export für die deutsche Agrar- und

Ernährungswirtschaft zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist. Die Wirtschaft forderte von der Politik jedoch mehr Unterstützung bei der Marktöffnung, während die Politik den Unternehmen gegenüber eine deutlichere Priorisierung der Ziele einforderte.

Arbeitskreis Außenwirtschaft

Zur Stärkung der Branchenposition im internationalen Handel tagte am 15. September 2015 in Berlin der BVE-Arbeitskreis Außenwirtschaft. Im Mitgliederkreis diskutierten Fachexperten aus Unternehmen und Verbänden der Ernährungsindustrie aktuelle Themen der internationalen Handelspolitik sowie die Marktzugangsbedingungen im globalen Lebensmittelhandel. An dem intensiven Dialog nahmen ebenfalls Vertreter der Bundesministerien teil. Der gegenseitige Informationsaustausch ermöglicht es, die spezifischen Anliegen der Branche frühzeitig in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen.

Im Fokus des Interesses lag vor allem die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen in den wichtigen Exportzielmärkten außerhalb der EU. Hier standen insbesondere die Verhandlungen um Freihandelsabkommen mit konsumfreudigen und kaufkräftigen Märkten wie USA und Japan, aber auch Wachstumsmärkten wie Singapur und Vietnam auf der Tagesordnung. Durch den Abbau von Handelshemmnissen für die exportorientierte Ernährungsindustrie ist großes Wachstumspotenzial geboten. Hier benötigen die Unternehmen der Branche die Unterstützung der Politik.

Handelspolitik

Die internationale Handelspolitik bildet den Rahmen für die Import- und Exportaktivitäten der Unternehmen. Die BVE setzt sich daher für handelspolitische Regeln ein, die den Marktzugang für die deutsche Ernährungsindustrie verbessern und den grenzüberschreitenden Warenverkehr vereinfachen.

Globale Handelsregeln werden von der Welthandelsorganisation (WTO) gesetzt. Vom 15. bis 19. Dezember 2015 fand in Nairobi (Kenia) die zehnte Ministerkonferenz der WTO statt. Die WTO-Mitglieder einigten sich auf ein Paket, das unter anderem die weltweite Abschaffung von Agrarexportsubventionen vorsieht. Die BVE begrüßt diesen Beschluss, da dadurch der Wettbewerb mit anderen Ländern auf den Exportmärkten fairer wird. In der EU wurden bereits seit geraumer Zeit keine Exporterstattungen mehr für Lebensmittelexporte in Drittländer gewährt. Die seit 2001 laufende Doha-Entwicklungsrunde wurde nicht fortgeführt. Zur weiteren Liberalisierung des Handels streben daher derzeit zahlreiche Länder den Abschluss von bi- und plurilateralen Freihandelsabkommen an.



Die EU-Kommission stellte am 14. Oktober 2015 ihre neue handelspolitische Strategie unter dem Motto „Handel für alle: Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“ vor. Demnach soll die bisherige Ausrichtung hin zu mehr bilateralen Handelsvereinbarungen fortgesetzt und wichtigen Aspekten wie Transparenz in den Verhandlungen, Nachhaltigkeit und Nutzen für die Bürger mehr Bedeutung beigemessen werden. Die EU-Kommission stellte zudem fest, dass das Exportgeschäft für die Agrar- und Ernährungswirtschaft entscheidend für die zukünftige Entwicklung ist. Aus Sicht der Ernährungsindustrie ist die handelspolitische Strategie der EU-Kommission positiv zu bewerten. Zum einen soll der internationale Handel weiter politisch gestärkt werden; zugleich besteht durch mehr Offenheit und Transparenz die Chance, die Vorteile von Handelsabkommen einer breiteren Öffentlichkeit verständlich zu machen und damit mehr Akzeptanz zu schaffen.

Die seit 2013 laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) finden in Politik und Öffentlichkeit nach wie vor große Aufmerksamkeit. Die BVE hat sich für die Verhandlungen ausgesprochen, da ein Abkommen mit den USA die Chance bietet, den Zugang zum amerikanischen Markt für die deutschen Lebensmittelhersteller zu verbessern. Bislang behindern Zölle, bürokratische Auflagen und fehlende Zulassungen den Export zahlreicher deutscher Lebensmittelprodukte in die USA. Ein wichtiges Anliegen der BVE ist, dass die hohen europäischen und deutschen Lebensmittelstandards im Zuge der Verhandlungen nicht abgeschwächt oder von US-amerikanischen Herstellern umgangen werden können.

BVE-PwC-Exportbarometer

Das Exportklima der Ernährungsindustrie verbesserte sich 2015. Nach einem leichten Anstieg im Mai übertraf der Stimmungsindikator auch im Dezember 2015 das Vorjahresniveau. Die Stimmungslage in den einzelnen Branchen blieb jedoch heterogen. Überdurchschnittlich positiv zeigt sich das Exportklima zuletzt in den Branchen Backwaren, Feinkost, Bier, Molkereiprodukte, Süßwaren, Öl sowie der Obst- und Gemüseverarbeitung.

Die wichtigsten Exportmärkte sind laut Einschätzung der Unternehmen derzeit die Niederlande, Italien, Frankreich, die Schweiz, die USA, China, Österreich und Großbritannien. Der Anteil der Lebensmittelexporteure, die ihre Produkte außerhalb der EU absetzen, stieg auf 76 Prozent. Die Absatzerwartungen für das erste Halbjahr 2016 sind für die meisten Märkte konstant, allein für China, die USA, Australien und Dänemark erwartet die Mehrheit der Lebensmittelexporteure steigende Absätze. Die Erwartungen an das Russlandgeschäft zeigten sich zum Jahresende ausgeglichener als noch zum Jahresbeginn 2015, jedoch gingen noch immer 28 Prozent der Exporteure von weiter sinkenden Absätzen aus.

Für die Unternehmen ist der Export ein zentrales Geschäftsfeld, daher wird in der Mehrzahl der Unternehmen der Export im eigenen Haus abgewickelt (EU 74 Prozent, Drittländer 60 Prozent), erst danach folgt die Abwicklung über Zwischenhändler.

Für über ein Drittel der Lebensmittelhersteller hängt mehr als 25 Prozent der Beschäftigung am Export. Für knapp die Hälfte der Unternehmen ist die Exportabhängigkeit in den vergangenen fünf Jahren dabei merklich gestiegen. Der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stellt zunehmend eine Herausforderung dar. Steigende Kosten, ein erhöhter Wettbewerbsdruck und immer mehr Währungsrisiken werden das Preisniveau der deutschen Lebensmittelexporte nach Einschätzung der Unternehmen im nächsten Jahr am stärksten negativ beeinflussen.

Betrachteten die Lebensmittelexporteure vor drei Jahren noch deutsche Hersteller als ihre größten Konkurrenten im Exportgeschäft, so hat sich die Wettbewerbssituation aktuell deutlich gewandelt. Als größte Konkurrenten am Weltmarkt sehen die Unternehmen die Niederlande (28 Prozent), Frankreich (23 Prozent), Italien (20 Prozent), die USA (18 Prozent) und China (16 Prozent). Auf den weltweit zehn größten Importmärkten für Lebensmittel, mit Ausnahme von den Niederlanden und Italien, ist die Mehrzahl

der deutschen Exporteure nicht vertreten. In den vergangenen drei Jahren hat sich die Wettbewerbssituation auf den größten Lebensmittelimportmärkten laut Einschätzung der Unternehmen nicht verändert. Als größte Konkurrenten sehen die deutschen Lebensmittelexporteure auf diesen Märkten vor allem die lokalen Hersteller sowie die europäischen Wettbewerber.

Das elfte beziehungsweise zwölfte Exportbarometer wurde gemeinsam von BVE und PricewaterhouseCoopers im Sommer und Winter 2015 erhoben. Es hat sich als erfolgreiches Instrument zur Berichterstattung über die Exportkonjunktur etabliert. Für das Exportbarometer werden über 400 Geschäftsführer und Exportleiter der Ernährungsindustrie nach ihrer Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und ihren Erwartungen im Export befragt. Aus den Befragungsergebnissen wird ein Exportklimaindex berechnet, der Auskunft über die heutige Positionierung der Ernährungsindustrie im internationalen Wettbewerb und über zukünftige Absatzmärkte gibt. Über das Online-Tool www.pwc.de/de/handel-und-konsumguter/exportbarometer-tool.html können Unternehmen ihre eigene Lage und Entwicklung der Branche gegenüberstellen. Als Instrument der strategischen Exportkonjunkturbeobachtung wird das BVE-PwC-Exportbarometer halbjährlich erstellt und vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert.



Online-Tool:
<http://www.pwc.de/de/handel-und-konsumguter/exportbarometer-tool.html>

Exporte nach Warengruppen 2015

Anteil an Gesamtausfuhr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, BVE
(vorläufige Jahresergebnisse)

Zudem begrüßt die BVE die Verhandlungen über eine Anerkennung in der EU geschützter geografischer Herkunftsbezeichnungen wie Schwarzwälder Schinken oder Bayerisches Bier durch die USA. Die BVE bringt diese Positionen auf europäischer und nationaler Ebene sowie gegenüber der US-Seite in die politische Debatte ein und informiert ihre Mitglieder über den Verlauf der Verhandlungen. Gegenüber der Öffentlichkeit, in Fachveranstaltungen und durch zahlreiche Vortrags- und Podiumsteilnahmen trägt die BVE zur sachlichen Aufklärung über TTIP bei. Kritisch beurteilt die BVE die Anti-TTIP-Kampagnen von einigen Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen, die vor allem auf eine pauschale Verunglimpfung und den Abbruch der TTIP-Verhandlungen zielen, ohne sich jedoch konstruktiv am Verhandlungsprozess zu beteiligen.

Das 2014 abgeschlossene Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) wird derzeit ratifiziert. CETA sieht für 93 Prozent der Zölle bei Lebensmitteln und Agrarprodukten eine vollständige Liberalisierung vor. Im Hinblick auf den Gesundheitsschutz von Menschen, Tieren und Pflanzen wurde unter anderem vereinbart, dass eine gegenseitige Anerkennung von sanitären und phytosanitären Maßnahmen (SPS) und Regeln bei gleicher Risikobewertung und gleichem Schutzniveau erreicht werden kann. Gleiches gilt für Erleichterungen bei Betriebsinspektionen. Zudem wurde das Prinzip der Regionalisierung bei SPS-Maßnahmen anerkannt. Darüber hinaus wurden von Kanada 145 in der EU geschützte geografische Herkunftsbezeichnungen anerkannt, davon 14 aus Deutschland. Ein Inkrafttreten des Abkommens wird für 2017 erwartet.

Mit großem Interesse verfolgt die Ernährungsindustrie die Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit Japan. Japan ist für die deutschen Lebensmittelhersteller ein interessanter Absatzmarkt, der jedoch durch hohe Zölle und Marktzugangsbarrieren nur schwer zugänglich ist. Die Verhandlungen verlaufen bislang eher schleppend. Vor dem Hintergrund des 2015 abgeschlossenen transpazifischen Partnerschaftsabkommens zwischen den USA und zahlreichen asiatischen Staaten (TPP) hält die BVE einen zügigeren Verhandlungsverlauf mit Japan für erforderlich, um mögliche Marktpotenziale nicht an amerikanische Unternehmen zu verlieren.

Die EU und Vietnam einigten sich am 4. August 2015 nach zweieinhalbjähriger Verhandlungsdauer auf ein Freihandelsabkommen. Vietnam wird demnach seinen Markt für europäische Lebensmittelprodukte weitgehend öffnen und Zölle abbauen; einige Agrarprodukte bleiben von einer vollständigen Liberalisierung ausgenommen. Künftig sind 169 in der EU anerkannte geografische Angaben auch in Vietnam geschützt. Nach der erforderlichen Rechtsprüfung sowie Ratifizierung wäre ein Inkrafttreten 2018 möglich.

Nach Singapur, Malaysia und Vietnam nahm die EU am 22. Dezember 2015 auch die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Philippinen als weiteres Mitglied der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) auf. Darüber hinaus hat die EU die Aufnahme von Verhandlungen mit Australien und Neuseeland angekündigt, für Australien führt die EU Kommission daher aktuell eine Folgenabschätzung sowie im Frühjahr 2016 eine öffentliche Konsultation durch.

Seit 2010 werden europäische Lebensmittel gemäß dem Cassis-de-Dijon-Prinzip von der Schweiz einseitig anerkannt. Demnach können in der EU zugelassene Lebensmittel ohne weitere aufwendige Zulassungsverfahren in die Schweiz exportiert werden. Die starke Ablehnung des Schweizer Bauernverbands gegenüber dieser Regelung führte in der Schweiz 2015 zu einer parlamentarischen Initiative, die die Aufhebung der geltenden Anerkennung vorsah. Die BVE hat die EU-Kommission sowie das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf diesen Vorgang aufmerksam gemacht und sich für eine Beibehaltung des Cassis-de-Dijon-Prinzips ausgesprochen. Die BVE begrüßt daher die Entscheidung des Schweizer Ständerats vom Juni 2015, die Anerkennung beizubehalten; der Nationalrat hatte sich im Mai 2015 noch für eine Abschaffung ausgesprochen.

Nachdem die UN-Vetomächte am 14. Juli 2015 mit dem Iran nach langen Verhandlungen eine Lösung im Atomstreit erzielt haben, wurden seitens der EU-Mitgliedsstaaten auch vermehrt bilaterale Gespräche mit dem Iran aufgenommen. So unterzeichneten der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und sein iranischer Amtskollege am 15. Januar 2016 in Berlin eine Absichtserklärung zur umfassenden Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Agrarforschung, Ausbildung und nachhaltige landwirtschaftliche Produktion.

Seit dem 1. Januar 2016 ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft. Zahlreiche Agrarrohstoffe können künftig zollfrei von der Ukraine in die EU exportiert werden, darüber hinaus soll doppelte Bürokratie im Agrarhandel abgebaut werden.

Nach wie vor belastet sind die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Russland durch das von der Russischen Föderation im August 2014 verhängte Einfuhrverbot für europäische Agrar- und Lebensmittelprodukte. Davon betroffen sind Lieferungen von Fleischprodukten, Milcherzeugnissen, Obst und Gemüse sowie verschiedenen Lebensmittelzubereitungen und Getränkekonzentraten aus Deutschland. Zusammen mit den bereits davor bestehenden Belastungen und Handelsbeschränkungen im Russlandexport schätzt die BVE den Exportausfall auf eine Milliarden Euro im Jahr. Um den Exportausfall zu kompensieren, ist die Öffnung alternativer Exportmärkte für die Ernährungsindustrie erforderlich. Die BVE begrüßt daher die Aktivitäten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur weiteren Exportförderung sowie zur Marktöffnung in Drittländern. Die BVE sprach sich zudem gegenüber Vertretern der Bundesregierung dafür aus, nach Wegen aus der andauernden Sanktionsspirale zu suchen, die vor allem zulasten der Ernährungswirtschaft sowie der russischen Verbraucher geht.

Zollpraxis

Zölle und zollrechtliche Regelungen können erhebliche Auswirkungen im internationalen Warenverkehr haben und direkt auf die Kosten- und Ertragssituation der Unternehmen durchschlagen. Die BVE setzt sich deshalb für eine praxisgerechte Ausgestaltung der Zollregeln ein.

Am 1. Mai 2016 tritt der neue Unionszollkodex in Kraft. Damit findet eine umfassende Reform des bisher geltenden Zollrechts statt. Die Neuregelungen sind von allen Unternehmen, die grenzüberschreitenden Warenhandel betreiben, zu beachten und umzusetzen. Die BVE hat daher frühzeitig ihre Mitglieder auf die anstehende Reform hingewiesen und umfassend in den beiden Sitzungen des BVE-Arbeitskreises Zoll im Jahr 2015 über die Auswirkungen und zu beachtenden Regeln informiert. Aufgrund des erheblichen Umstellungsaufwands bei den zollspezifischen IT-Systemen ist mit einer mehrjährigen Übergangsphase bis zur vollständigen Anwendung des Unionszollkodex zu rechnen.

Die EU-Kommission prüft derzeit eine Reform der Einfuhrkontingentverwaltung. In einem ersten Erfahrungsaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung kam die BVE zu der Einschätzung, dass die angedachte Reform zu erheblichen Nachteilen für die betroffenen Wirtschaftsbeteiligten führen würde. Die BVE sowie die betroffenen Branchenverbände haben sich daher mit Stellungnahmen gegenüber dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft positioniert und für eine weitgehende Fortführung der bislang geltenden Regelungen ausgesprochen.

In internationalen Handelsabkommen ist häufig vorgesehen, dass der erforderliche Ursprungsnachweis im Verfahren „Ermächtigter Ausführer“ vereinfacht erfolgen und auf eine Warenverkehrsbescheinigung EUR. 1 verzichtet werden kann. In der Vergangenheit sind jedoch vermehrt Fälle aufgetreten, bei denen Drittstaaten entgegen der geltenden Rechtslage die Vorlage einer EUR. 1 verlangten. Dies führt bei den betroffenen Unternehmen zu einem Mehraufwand, da für einzelne Warensendungen zusätzliche Bescheinigungen ausgestellt und übersandt werden müssen. Die BVE hat daher die EU-Kommission Ende 2015 aufgefordert, bei den betroffenen Drittstaaten auf eine Einhaltung der geltenden Rechtslage hinzuwirken.

Weitere Zollfragen behandelt die BVE im halbjährlich tagenden BVE-Arbeitskreis Zoll.



**made
in
Germany**



Der Messestand von BVE und BMEL auf der Anuga 2015



BVE-Vorsitzender Dr. Wolfgang Ingold mit Moderator Werner Prill auf dem „Roten Sofa“ des Anuga-Messestandes



Alle zwei Jahre ist die Anuga der globale Marktplatz und Trendsetter für Lebensmittel und Getränke. Welche Leistungen deutsche Unternehmen täglich für Qualität, Sicherheit und Vielfalt „Made in Germany“ erbringen und wie die Lebensmittelhersteller mit einem auf die Kundenwünsche abgestimmten Sortiment die Wünsche der Verbraucher weltweit erfüllen, das konnten wir 2015 wieder einmal eindrucksvoll zeigen.“

Dr. Wolfgang Ingold, BVE-Vorsitzender

Anuga 2015

Vom 10. bis 14. Oktober 2015 fand in Köln die Anuga, die internationale Leitmesse der Lebensmittel- und Getränke-wirtschaft statt. Die 33. Messeausgabe endete mit einem neuen Besucherrekord. Rund 160.000 Fachbesucher aus 192 Ländern kamen nach Köln, um sich die Innovationen der über 7.000 ausstellenden Unternehmen aus 108 Ländern anzusehen.

Als ideeller Träger der Anuga präsentierten sich die BVE gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie über 100 Unternehmen aus elf Bundesländern erneut erfolgreich unter dem Dach „Made in Germany“. Der BVE/BMEL-Gemeinschaftsstand war zentraler Treffpunkt für Fachbesucher aus dem In- und Ausland.

Hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kamen zum Stand, um sich über die Vielfalt der Produkte der deutschen Ernährungsindustrie zu informieren. Zu den Gästen zählten unter anderem: der Bundesminister für Ernährung Landwirtschaft Christian Schmidt, Mitglie-

der des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages, der niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies sowie die indische Ministerin für „Food Processing“, Harsimrat Kaur Badal. Mit Dialogrunden auf dem Roten Sofa und Kochshows in der BVE/BMEL-Showküche, bot die BVE an ihrem Messestand interessierten Gästen ein ansprechendes Fachprogramm. Darüber hinaus kamen anlässlich der zweiten German Trader's Happy Hour Gäste aus dem internationalen Handel und Politik mit deutschen Ausstellern zu einem Austausch über Lebensmittel „Made in Germany“ auf dem BVE/BMEL-Stand zusammen.

Der gemeinsamen Einladung von der BVE, dem Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels, der Koelnmesse und des Consumers Goods Forums zum Anuga Executive Summit, dem exklusiven Empfang am Vorabend der Messe-eröffnung, folgten mehr als 300 Entscheider aus dem In- und Ausland.

Die nächste Anuga findet vom 7. bis 11. Oktober 2017 in Köln statt.

AUSSEN WIRTSCHAFTS SEMINAR der Agrar- und Ernährungswirtschaft

1. Außenwirtschaftsseminar der Agrar- und Ernährungswirtschaft

Am 16. September 2015 fand zum ersten Mal das gemeinsam von der BVE und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisierte Außenwirtschaftsseminar der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Berliner BMEL-Dienstszitz statt.

Das Außenwirtschaftsseminar bot in den Foren „Regionale Lebensmittel global vermarkten“, „Krisenmanagement – Unvorhergesehene Marktveränderungen im Außenhandel“ und „Canada – what will CETA change?“ einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmern und Fachexperten. Durch das interaktive und kompakte Format konnten die Teilnehmer von ihren individuellen



1. Außenwirtschaftsseminar im BMEL



Jürgen Abraham, BVE-Ehrenvorsitzender

Problemen im internationalen Geschäft berichten und diese mit den anwesenden Akteuren aus dem In- und Ausland besprechen.

Für den weltweiten Erfolg deutscher Lebensmittel sind Qualität und Know-how, aber auch ein tragfähiges Netzwerk eine wichtige Voraussetzung, darin waren sich die anwesenden Wirtschafts- und Politikvertreter einig. Daher war es nicht überraschend, dass das Fach- und Expertenforum für international tätige Unternehmen auf reges Interesse vonseiten der Wirtschaft sowie der Politik stieß und bereits mehrere Wochen vor Veranstaltungsbeginn mit 120 interessierten Teilnehmern komplett ausgebucht war.

Am 16. Juni 2016 findet alternierend zum Außenwirtschaftsseminar der 7. Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Auswärtigen Amt in Berlin statt.

BMEL-Exportförderung für Agrar- und Ernährungswirtschaft

Um die Exportbemühungen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft aktiv zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Jahr 2010 erstmals ein Programm zur Förderung der Exportaktivitäten aufgelegt. Über die Jahre wurden die Programminhalte, in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zunehmend auf die Bedürfnisse der Unternehmen abgestimmt. Die BVE setzt sich nunmehr im sechsten Jahr in Folge für die branchenübergreifenden Interessen ihrer Mitglieder in den exportrelevanten BMEL-Gremien ein.

Bei der Ausgestaltung des BMEL-Auslandsmesseprogramms schlägt die BVE relevante Auslandsmärkte sowie

Auslandsmessen vor und unterstützt das Ministerium bei der finalen Auswahl der Messen. Ein BVE-Vertreter reist zudem in der Rolle der Auskunftsperson der deutschen Wirtschaft zu ausgewählten Auslandsmessen mit, um den deutschen Auftritt zu bewerten und die Ministeriumsvertreter vor Ort als Ansprechpartner zum deutschen Markt zu unterstützen.

Das BMEL-Auslandsmesseprogramm 2016 umfasst 28 Firmengemeinschaftsstände auf wichtigen Agrar-, Lebensmittel- und Gartenbaumessen in außereuropäischen Drittländern sowie eine Messebeteiligung bei der weltweit führenden Lebensmittelmesse SIAL in Paris. Aufgrund der wachsenden Bedeutung einer Messebeteiligung zur Erschließung eines Auslandsmarktes wurde das BMEL-Messebudget im Bundeshaushalt nachträglich aufgestockt.

Somit konnten, im Vergleich zum ursprünglich mit der Wirtschaft abgestimmten Entwurf, sechs zusätzliche Messebeteiligungen aufgenommen werden. Darunter befinden sich erstmals Firmengemeinschaftsstände auf zwei Landwirtschaftsmessen sowie einer Lebensmittelmesse im Iran. Eine Übersicht der geförderten Messebeteiligungen, der beauftragten Durchführungsgesellschaften sowie der Anmeldeunterlagen finden Sie stets aktuell unter: www.bve-online.de/veranstaltungen/messen.

Auch bei der Ausgestaltung der durch das BMEL geförderten Maßnahmen zur Exportförderung im In- und Ausland bringt sich die BVE aktiv ein. Neben der Publikation des zweimal jährlich erscheinenden Exportbarometers der deutschen Ernährungsindustrie, schlägt die BVE relevante Zielmärkte für Unternehmerreisen und Kooperationsbörsen im Ausland vor.

Für 2016 sind insgesamt 37 Markterkundungsreisen, Geschäftsreisen und Kooperationsveranstaltungen mit unterschiedlichen Branchenschwerpunkten im Ausland geplant. Konkret unterstützt die BVE in diesem Jahr die Koelnmesse GmbH und die COMMIT GmbH bei der Organisation einer durch das BMEL geförderten Kooperationsbörse anlässlich der Messe Anufood Eurasia in Istanbul. Die komplette Übersicht aller BMEL-Unternehmerreisen finden Sie unter: www.agrarexportfoerderung.de.

Zusätzlich zur nationalen Exportförderung durch das BMEL trat zum 1. Dezember 2015 die reformierte Absatzförderstrategie der Europäischen Kommission in Kraft. Mit der neuen Verordnung soll eine Stärkung der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft auf dem Binnenmarkt sowie auf Drittlandsmärkten vorangetrieben werden. Zur Finanzierung wird das Budget schrittweise von 80 Millionen Euro (in 2016) auf über 200 Millionen Euro (in 2019) angehoben. 2016 stehen zudem rund 30 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, um die Vermarktung von Molkerei- und Schweinefleischprodukten zu unterstützen.

Die BVE begrüßt die nationalen und europäischen Initiativen in Form von hochrangigen Delegationsreisen in relevante Zielmärkte, an denen regelmäßig auch Wirtschaftsvertreter teilnehmen können. Hier übernimmt die Politik ihre Rolle als Türöffner und bietet den Unternehmen eine aktive Unterstützung bei der Etablierung relevanter Handelskontakte.

Die außenwirtschaftlichen Interessen der deutschen Ernährungsindustrie vertritt die BVE zudem im BMEL-Wirtschaftsausschuss für Außenhandelsfragen. Dieser tagt dreimal pro Jahr und hat die Aufgabe, das Ministerium in allen Außenhandelsfragen, insbesondere in Grundsatzfragen, zu beraten.

BVE-Büro Brüssel

FoodDrinkEurope Kongress 2015

Von Mai bis Oktober 2015 fand in Mailand die Weltausstellung EXPO unter dem Motto „Feeding the Planet, Energy for Life“ statt. Zentrales Leitthema war die Frage, wie heute und zukünftig die Weltbevölkerung nachhaltig mit Lebensmitteln versorgt werden kann. Der europäische Ernährungsindustrieverband FoodDrinkEurope nutzte die Gelegenheit, um vom 28. Juni bis 3. Juli 2015 vor Ort seinen Jahreskongress abzuhalten. Mit über 400 Teilnehmern und 50 Referenten in elf Themen-Sessions wurden aktuelle Herausforderungen für die Ernährungsindustrie diskutiert und Lösungsansätze erörtert. Im Rahmen des Kongresses wurde Gilles Morel (Regional President Europe & Eurasia of MARS Chocolate) zum neuen Präsidenten von FoodDrinkEurope gewählt. Die Teilnahme von den EU-Kommissaren Elzbieta Bienkowska (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmen) und Phil Hogan (Agrar) zeigte, dass sich die europäische Politik der Bedeutung der Branche bewusst und auch bereit ist, sie bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen zu unterstützen.

Bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 19. Mai 2015 eine Agenda für bessere Rechtsetzung. Mit der vorgeschlagenen Agenda sollen neue und bestehende Gesetzgebungen besser, das heißt zielgerichteter, praxistauglicher, transparenter, offener, verständlicher und einfacher werden. Ziel ist dabei eine bessere Rechtsetzung hinsichtlich der gesteckten politischen Prioritäten, jedoch keine Deregulierung.





Die Brüsseler Mittwochsgesellschaft in der Bibliothek Solvay



Oliver Guersent, Generaldirektor der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA)

Aus Sicht der BVE ist diese Initiative grundsätzlich positiv zu bewerten, da sie mehr Transparenz, weniger Bürokratie und eine stärkere Beteiligung der Betroffenen am Gesetzgebungsprozess zum Ziel hat. Sie ist eine ambitionierte Weiterentwicklung der früheren EU-Initiativen für weniger Bürokratie und zur Verschlanung der Rechtsvorschriften, wie sie beispielsweise im Rahmen der Stoiber-Kommission sowie das REFIT-Programms vorgesehen waren. Es ist zu erwarten, dass für Verbände und Unternehmen der Arbeitsaufwand für eine angemessene formale Interessenvertretung auf EU-Ebene durch mehr Konsultationen, Studien, Folgenabschätzungen und Gremien steigen wird. Zu begrüßen ist, dass das EU-Parlament durch verpflichtende Folgenabschätzungen stärker als bisher zu begründen und über die wirtschaftlichen Auswirkungen zu berichten hätte, wenn wesentliche Änderungen an Vorschlägen der EU-Kommission vorgenommen werden sollen.

Hochrangiges Forum für die Lebensmittelkette

Die EU-Kommission hat mit Beschluss vom 1. Juni 2015 erneut ein „hochrangiges Forum für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette“ einberufen. Es handelt sich dabei um die Fortsetzung des seit 2010 eingerichteten hochrangigen Forums (vormals „hochrangige Gruppe“). Aufgabe des Forums ist es, durch Analysen, Berichte und Empfehlungen zur Verbesserung der Funktionsweise und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Lebensmittelsektors beizutragen. Es ist dabei unterstützend und beratend für die EU-Kommission bei der Entwicklung politischer Maßnahmen tätig, insbesondere in folgenden Bereichen: Wettbewerbsfähigkeit des Sektors und KMU, Geschäftspraktiken zwischen Unternehmen,

Binnenmarkt, Marktzugang und Außenhandel, Nachhaltigkeit und Soziales, Innovation sowie Preisbeobachtung.

Die BVE begrüßt die Fortführung dieses Forums, da es die Möglichkeit bietet, dass Politik, Handel, Industrie und Nichtregierungsorganisationen sich auf hochrangiger Ebene über die Herausforderungen der Branche austauschen und gemeinsam Empfehlungen erarbeiten, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors verbessert werden kann.

Brüsseler Mittwochsgesellschaft

2015 luden BVE, Metro und die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) erneut zur „Brüsseler Mittwochsgesellschaft“ ein. „Von Mauern und Wegen – Perspektiven für die Außenpolitik der EU“ – unter dieser Überschrift fand am 15. Juli 2015 die dritte Brüsseler Mittwochsgesellschaft mit rund 250 Gästen und Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, statt. Am 9. Dezember 2015 referierte Olivier Guersent, Generaldirektor der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA), bei der vierten Brüsseler Mittwochsgesellschaft zum Thema „Quo vadis Euro? – Be-Währungsprobe für die EU“ und erläuterte anschaulich seine Vorstellungen einer krisenfesten Eurozone.

Die Brüsseler Mittwochsgesellschaft ist eine Dialog-Plattform und hat zum Ziel, Entscheidungsträger aus den EU-Institutionen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zusammenzubringen, um aktuelle Branchenthemen zu diskutieren.



This project has received funding from the European Union's Seventh Framework Programme for research, technological development and demonstration under grant agreement no 312029.

Compete: Wettbewerbsfähigkeit europäischer Lebensmittelketten

Die Europäische Kommission beauftragte im Oktober 2012 ein Konsortium aus 16 europäischen Partnern mit dem Forschungsverbundprojekt „International comparisons of product supply chains in the agri-food sectors: determinants of their competitiveness and performance on EU and international markets“ (COMPETE). Das Ziel des dreijährigen COMPETE-Projektes war eine umfassende Evaluierung von verschiedenen Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Lebensmittelketten bestimmen. Daraus folgten gezielte Politikempfehlungen zur nachhaltigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene. Das Projekt wurde im September 2015 erfolgreich abgeschlossen.

3. Policy Brief – Abschließende Politikempfehlungen

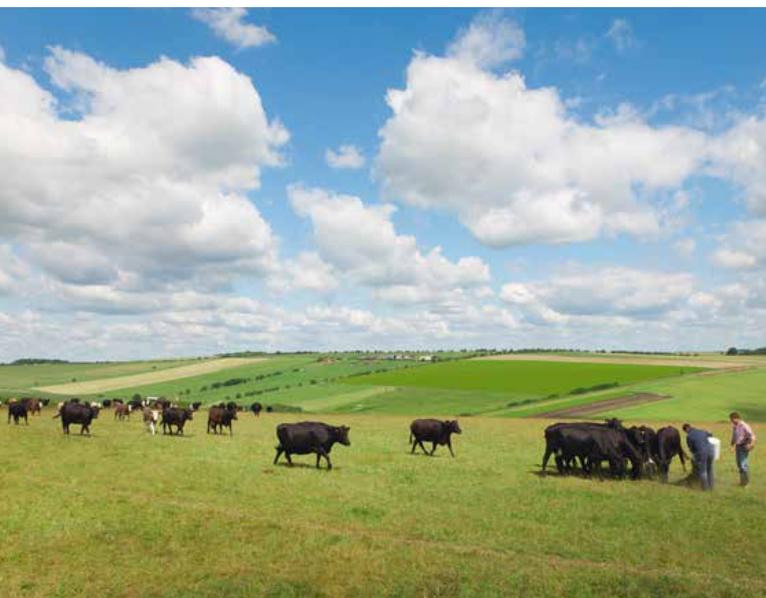
Am 22. September 2015 wurde der dritte und letzte COMPETE-Policy-Brief, der von der BVE in dem Forschungsprojekt erstellt wurde, veröffentlicht. Darin wurde unter anderem festgehalten, dass Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelketten



sowohl für die nationale als auch für die EU-Ebene abgeleitet werden können. In einigen Ländern zeigte sich Bedarf für signifikante, umfassende regulatorische Reformen. Diese betreffen insbesondere die institutionellen Gegebenheiten der Länder. Jedoch sind die Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten der EU in diesen Bereichen begrenzt. Die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Reformprogramme liegen in der Verantwortung der Länder. Daher müssen diese nationalen politischen Reform-Maßnahmen aus Sicht von COMPETE auch dem Subsidiaritätsprinzip folgen. Der dritte COMPETE-Policy-Brief ist in Englisch, Deutsch und Rumänisch in über zehn Ländern erschienen.

COMPETE Final Consultation Workshop

Am 22. September 2015 fand in der Generalvertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel der Final Consultation Workshop des COMPETE-Projektes mit der EU-Kommission sowie über 50 Stakeholdern der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft sowie der Wissenschaft statt. In dem Workshop wurden die zentralen Forschungsergebnisse und Politikempfehlungen vorgestellt. Die EU-Kommission sowie anwesenden Stakeholder bewerteten die Projektergebnisse sehr positiv und sahen auch für die Politik Ansatzpunkte zur Umsetzung. Bei einigen Themenfeldern wurden weiterer Forschungsbedarf und eine Verbesserung der Datenlage festgestellt.





Gitta Connemann, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit BVE-Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff



BVE-Vorsitzender Dr. Wolfgang Ingold

Parlamentarischer Abend der BVE zum Abschluss des COMPETE-Projektes

Auf dem Parlamentarischen Abend am 29. September 2015 in Berlin diskutierte die BVE mit ihren rund 80 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Folgen für die deutsche Lebensmittelkette aus dem dreijährigen Forschungsprojekt COMPETE. IAMO-Direktor Thomas Glauben stellte die finalen Projektergebnisse und Politikempfehlungen aus COMPETE vor und zeigte, dass große Unterschiede in den Strukturen, der Produktivität und der Handelsbilanz die Lebensmittelproduktion in der EU prägen, wodurch die europäischen Mitgliedstaaten Marktanteile an internationale Konkurrenten verlieren. Der BVE-Vorsitzende Dr. Wolfgang Ingold hinterfragte, wo die deutsche Lebensmittelproduk-

tion im internationalen Vergleich steht und mit welchen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken auch die nationale Politik umgehen muss.

Das COMPETE Konsortium wurde vom IAMO – Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa koordiniert und vereinte die Expertise von Wissenschaftlern, Fachverbänden, Nichtregierungsorganisationen, landwirtschaftlichen Genossenschaften, Vertretern der Industrie sowie Beratungsdienstleistern. Die BVE trug als wirtschaftspolitischer Spitzenverband wesentlich zur praxisnahen Schärfung der Forschungsfragen und umfassenden Bekanntmachung der Projektergebnisse bei.



Der Parlamentarische Abend der BVE im Hilton Berlin Gendarmenmarkt

Internationales Wirtschaftspodium in Berlin und Abendempfang der Agrar- und Ernährungswirtschaft 2016



Global Forum for Food and Agriculture Berlin

Das Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) Berlin 2016 mit über 2.000 Teilnehmern aus rund 100 Ländern, darunter 70 Landwirtschaftsminister, stand unter dem Thema „Wie ernähren wir die Städte? – Landwirtschaft und ländliche Räume in Zeiten von Urbanisierung“. In enger Kooperation mit dem Berliner Agrarministertag diskutierten auf dem Internationalen Wirtschaftspodium am 15. Januar 2016 Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, wie sich Innovationen und technologischer Fortschritt am besten nutzen lassen, um eine ökologisch und sozial nachhaltige Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Das Internationale Wirtschaftspodium stand unter dem Titel „The Future of Food and Farming: Challenges and Opportunities“. Der anschließende Abendempfang der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft gab den Teilnehmern beider Veranstaltungen Gelegenheit zum Austausch und zur Vertiefung ihrer internationalen Kontakte.

Vorherrschende Unter- und Mangelernährung, eine steigende Ressourcenknappheit, der voranschreitende Klimawandel und die demografische Entwicklung fordern die Ernährungssicherung und Produktivitätssteigerung in der globalen Lebensmittelproduktion heraus. Innovationen und technologischer Fortschritt können Lösungen bieten, müssen jedoch im Einklang mit einem nachhaltigen Wirtschaften stehen, stellen die Diskutanten fest. Darüber hinaus müsse auch die Anwendung und der Wissenstransfer um eine moderne und nachhaltige Produktion gefördert werden. Folglich müssten auch für die Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion neue Geschäftsmodelle entwickelt werden, um sie für nachwachsende Generationen attraktiv zu machen. Für die Land- und Ernährungswirtschaft ergeben sich daraus große Herausforderungen aber auch neue Perspektiven.

Das hochkarätig besetzte Podium ist der zentrale inhaltliche Beitrag des GFFA Berlin e.V. zum Global Forum for Food and Agriculture 2016.

„**Junge Menschen interessieren sich nicht für Landwirtschaft, sondern für Agrobusiness.**“

Jean Kaahwa, Junglandwirt aus Uganda und Vorstandsmitglied in zahlreichen afrikanischen Junglandwirte-Organisationen

Im GFFA Berlin e.V. haben sich die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), der Deutsche Bauernverband (DBV), die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) zusammengeschlossen. Die Organisationen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft koordinieren in diesem Verein ihr Engagement für die Sicherung der Welternährung.



Jürgen Abraham, BVE-Ehrenvorsitzender



Die Panelisten (v.l.): Dr. Jason Clay (WWF, USA), Prof. Dr. Martin Qaim (Uni. Göttingen), Frank Terhorst (Bayer AG), Joris Baecke (former President CEJA, NL), Jean Kaahwa (AGCO Ambassador 2015, Uganda), Prof. Dr. C.P. Veerman (Uni Wageningen/Tilburg, NL)



Das GFFA Berlin e.V. im CityCube der Messe Berlin



Europäische Initiative Lebensmittellieferkette

Supply Chain Initiative – Nationale Dialogplattform

Die EU-Kommission befasst sich seit 2009 intensiv mit der Problematik von unlauteren Geschäftspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette. In ihrem „Grünbuch über unlautere Handelspraktiken in der B2B-Lieferkette für Lebensmittel“ kommt die EU-Kommission zu der Einschätzung, dass eine unausgewogene Verteilung der Verhandlungsmacht zwischen Handel und Herstellern sowie wettbewerbswidrige Praktiken zu Marktverzerrungen führen, die potenzielle negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Lebensmittelversorgungskette haben können. Als unlautere Praktiken bezeichnet die EU-Kommission Vorgehensweisen, die weit von einer guten Handelspraxis abweichen und gegen das Gebot von Treu und Glauben und des redlichen Geschäftsverkehrs verstoßen. Das heißt, dass Vertragspartner, zum Beispiel Händler und Hersteller, ehrlich, aufrichtig und zuverlässig miteinander verhandeln sollten.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2010 innerhalb des „Hochrangigen Forums für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette“ eine Expertenplattform für B2B-Vertragspraktiken eingerichtet. Diese hat 2011 eine Reihe von Grundsätzen sowie Beispiele fairer und unfairer Praktiken in den vertikalen Beziehungen entlang der Lebensmittelversorgungskette formuliert, die von elf europäischen Branchenverbänden unterzeichnet wurden.

Zur Durchsetzung dieser Grundsätze gründeten die europäischen Branchenverbände im September 2013 auf EU-Ebene die sogenannte Supply Chain Initiative für faire Geschäftspraktiken in der Lebensmittelkette (SCI). Teilnehmende Unternehmen verpflichten sich dabei zur Einhaltung bestimmter – als fair definierter – Prinzipien und können im Beschwerdefall von verschiedenen Streitschlichtungsmöglichkeiten Gebrauch machen. Die Teilnahme steht allen Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft offen und ist freiwillig. Zum 31. Dezember 2015 hatten sich 375 Unternehmensgruppen (1.202 operative Unternehmen) bei der SCI registriert; davon sind 68 Prozent kleine und mittelständische Unternehmen.

In ihrer Mitteilung vom 15. Juli 2014 wies die EU-Kommission erneut auf die Problematik unlauterer Geschäftspraktiken hin und forderte die Wirtschaftsbeteiligten auf, der SCI beizutreten und die Prinzipien fairer Geschäftspraktiken umzusetzen.

2015 intensivierte sich die Diskussion über unlautere Praktiken, nicht zuletzt bedingt durch die Schwierigkeiten, mit denen europäische Landwirte aufgrund von sinkenden Preisen für bestimmte landwirtschaftliche Grunderzeugnisse, insbesondere für Milchprodukte und Schweinefleisch, konfrontiert waren.

Zur Überprüfung der Effektivität der von der Wirtschaft ins Leben gerufenen Initiative hat die EU-Kommission eine umfangreiche Untersuchung in Auftrag gegeben. Die BVE hat sich mit einer Stellungnahme an der Studie beteiligt. Die Studie wurde im Januar 2016 veröffentlicht und kommt zu dem Ergebnis, dass unfaire Praktiken in allen EU-Mitgliedstaaten und besonders stark in den neuen Mitgliedsländern sowie Deutschland und Spanien auftreten. Die Befragten in Deutschland waren im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten sehr zurückhaltend hinsichtlich gesetzgeberischer Maßnahmen und favorisierten eher freiwillige Initiativen zur Bekämpfung unlauterer Praktiken.

Die Studienautoren legten zudem dar, dass in 20 von 28 EU-Mitgliedstaaten bereits gesetzliche Regelungen gegen unlautere Handelspraktiken bestehen. Die EU-Kommission äußerte sich daher in ihrem Bericht vom 29. Januar 2016 an das EU-Parlament und den Rat ablehnend hinsichtlich der Einführung neuer gesetzlicher Regelungen auf EU-Ebene zur Bekämpfung unlauterer Praktiken. Vielmehr sei eine wirksame Umsetzung der SCI sowie die bessere Anwendung bereits bestehender nationaler Gesetze erforderlich.

Die BVE begrüßt die Einschätzung der EU-Kommission und hat sich in den vorangegangenen Debatten in Brüssel und auf nationaler Ebene gegen eine zusätzliche gesetzliche EU-Regulierung ausgesprochen.

Faire Geschäftspraktiken – Grundsätze für vorbildliche Verfahren

vereinbart von elf EU-Branchenverbänden

Allgemeine Grundsätze:

A. VERBRAUCHER

Die Vertragsparteien sollten in ihren B2B-Beziehungen stets die Verbraucherinteressen und die allgemeine Nachhaltigkeit der Versorgungskette berücksichtigen. Die Vertragsparteien sollten für die maximale Wirksamkeit und die Optimierung der Ressourcen bei der Warenverteilung in der gesamten Versorgungskette sorgen.

B. VERTRAGSFREIHEIT

Die Vertragsparteien sind unabhängige Wirtschaftseinheiten, die das Recht des Anderen achten, eine eigene Strategie und Managementpolitik zu entwickeln sowie frei und unabhängig über die Teilnahme an Vereinbarungen zu entscheiden.

C. FAIRNESS:

Die Vertragsparteien sollten verantwortungsbewusst, redlich und mit beruflicher Sorgfalt miteinander umgehen.

Besondere Grundsätze:

1. SCHRIFTLICHE VEREINBARUNGEN

Vereinbarungen sollten schriftlich getroffen werden, außer wenn dies aus praktischen Gründen nicht möglich ist oder wenn mündliche Vereinbarung für beide Seiten akzeptabel und geeignet sind. Sie sollten klar und transparent sein und so viele relevante und vorhersehbare Elemente wie möglich umfassen, einschließlich der Rechte und Verfahren zu deren Beendigung.

2. VORHERSEHBARKEIT

Einseitige Vertragsänderungen finden nicht statt, es sei denn, diese Möglichkeit und die dafür geltenden Umstände und Bedingungen wurden vorab vereinbart. In den Vereinbarungen sollte dargelegt werden, dass die Parteien alle Änderungen miteinander absprechen, die für die Umsetzung der Vereinbarung erforderlich sind oder die auf unvorhersehbare Umstände zurückzuführen sind, so wie dies in der Vereinbarung niedergelegt ist.

3. EINHALTUNG

Abkommen müssen eingehalten werden.

4. INFORMATIONEN

Werden Informationen ausgetauscht, so geschieht dies unter strikter Einhaltung des Wettbewerbsrechts und anderer geltender Gesetze. Die Parteien sollten in angemessener Weise sicherstellen, dass die bereitgestellten Informationen korrekt und nicht irreführend sind.

5. VERTRAULICHKEIT

Die Vertraulichkeit der Informationen muss eingehalten werden, sofern diese nicht bereits öffentlich sind oder die empfangende Partei sie unabhängig davon rechtmäßig und in gutem Glauben erhalten hat. Vertrauliche Informationen werden von der empfangenden Partei ausschließlich für die Zwecke genutzt, für die sie ihr mitgeteilt wurden.

6. RISIKOVERANTWORTUNG

Alle Vertragsparteien in der Versorgungskette sollten ihr eigenes angemessenes unternehmerisches Risiko selbst tragen.

7. GERECHTFERTIGTE FORDERUNG

Eine Vertragspartei darf nicht durch Drohungen einen ungerechtfertigten Vorteil erlangen oder Kosten abwälzen.

Nationale Dialogplattform Lebensmittellieferkette

Die BVE, der Deutsche Bauernverband (DBV), der Handelsverband Deutschland (HDE) und der Markenverband haben im Mai 2013 eine nationale Dialogplattform gegründet. Diese diene zunächst ausschließlich dem Informations- und Meinungsaustausch im Hinblick auf die europäische Supply Chain Initiative.

Mittlerweile hat die Dialogplattform ein aus mehreren Elementen bestehendes Instrumentarium zur Umsetzung der europäischen Vorgaben erarbeitet. Es beinhaltet Vorschläge zur Mediation, zum Schlichtungsverfahren

einschließlich eines eigenen Schlichtungsgremiums mit Geschäftsstelle und zu Gutachten bei anonymisierten Streitigkeiten von genereller Bedeutung. Alle beteiligten Verbände verfolgen dabei das Ziel, die Um- und Durchsetzung der Prinzipien der freiwilligen Initiative zu gewährleisten.

In der ersten Jahreshälfte 2016 sollen die Streitbeilegungsinstrumente für die Unternehmen anwendbar sein. Durch Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel eine eigene Webseite soll die nationale Dialogplattform bekannt gemacht werden, sodass kurzfristig alle Unternehmen der Lieferkette die Möglichkeit erhalten, das neue Instrumentarium im Streitfall zu nutzen.

4 Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit



Energie – ein wichtiger Kostenfaktor

Die industrielle Herstellung von Lebensmitteln kann nur durch den Einsatz von Energie – vor allem Strom – gelingen. Die Energiepreise in Deutschland, das gilt insbesondere für Elektrizität, liegen über dem europäischen beziehungsweise internationalen Durchschnitt.

Dies ist den politischen Rahmenbedingungen geschuldet. Strom- und Mehrwertsteuer sowie weitere Umlagen machen rund die Hälfte der Stromrechnung aus. Im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende soll der Anteil der regenerativen Energiequellen von 27,8 Prozent im Jahr 2014 auf rund 80 Prozent bis 2050 steigen. Hierzu werden bis 2050 alleine im Strombereich Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Euro veranschlagt, die von den Stromabnehmern über die Strompreise zu tragen sind.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass die Unternehmen ihren Energieeinsatz kontinuierlich optimieren.

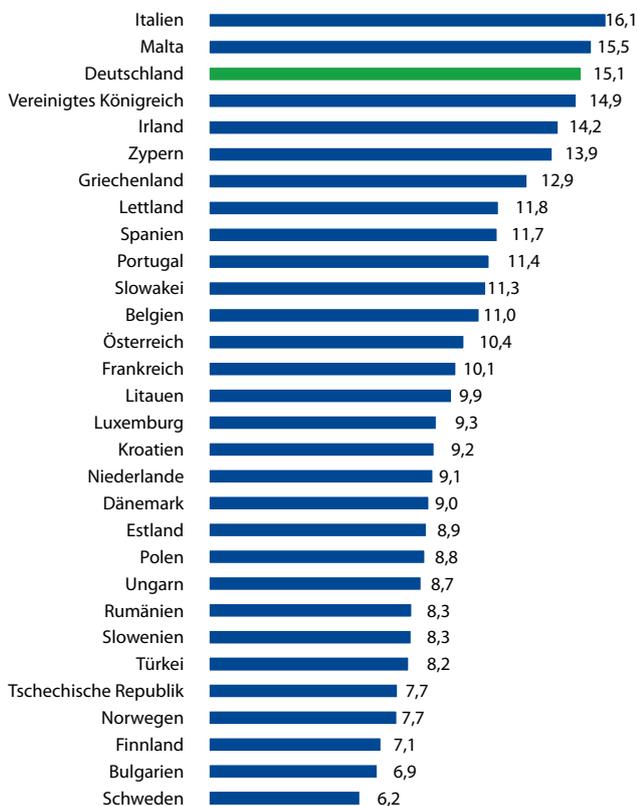
Energieeffizienz

Auf der Grundlage einer zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft getroffenen Vereinbarung, bis 2020 weitere 500 Energieeffizienz-Netzwerke aufzubauen, bietet die BVE den Unternehmen der Branche im Rahmen ihrer seit 2008 bestehenden „Energieeffizienz-Initiative“ konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten an.

Damit ist die Empfehlung verbunden, sich an dieser freiwilligen Initiative zu beteiligen, zumal Energieeffizienz und die damit verbundene Reduzierung von Treibhausgasemissionen geeignete Mittel darstellen, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, daneben aber auch die Kostenbelastung der Unternehmen zu reduzieren. Die „Energieeffizienz-Initiative“ ist dazu geeignet, legislativen Maßnahmen, wie zum Beispiel einer zusätzlichen CO₂-Abgabe, entgegenzuwirken.

Internationaler Strompreisvergleich für die Industrie 2015 (1. Halbjahr)

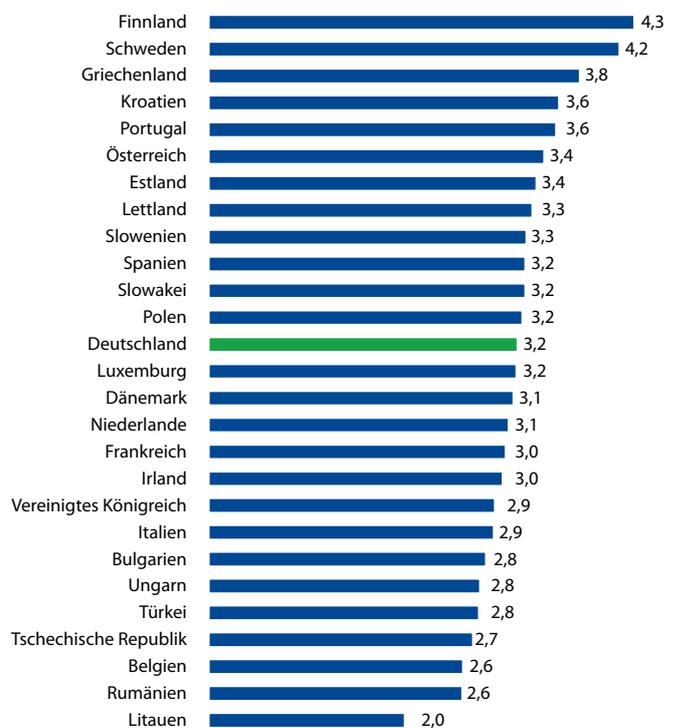
Euro-Cent/kWh – ohne Mehrwertsteuer



Verbrauch: 500 MWh < 2.000 MWh

Internationaler Erdgaspreisvergleich für die Industrie 2015 (1. Halbjahr)

Euro-Cent/kWh – ohne Mehrwertsteuer



Verbrauch: 100.000 GJ < 1.000.000 GJ

Quelle: Eurostat



Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) – Ausgleichsregelung

Um die Energiekosten für stromintensive Großverbraucher zu begrenzen, sind mehrere Ausnahmeregelungen, wie zum Beispiel die EEG-Ausgleichsregelung, entstanden. Sie soll Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, von Steuern und Abgaben entlasten und eine Benachteiligung gegenüber Mitbewerbern verhindern.

Im Rahmen der EEG-Novelle 2014 konnte die BVE aktiv dazu beitragen, dass einzelne Branchen, wie zum Beispiel die Ernährungsindustrie, nicht aus dem Anwendungsbereich der Ausgleichsregelung ausgeschlossen worden sind.

Erneuter Handlungsbedarf kann durch die Umsetzung der vorgesehenen „Verordnung zu durchschnittlichen Strompreisen für die Besondere EEG-Ausgleichsregelung“ entstehen. Danach werden nach europäischem Recht bei der Ermittlung der Stromkostenintensität zukünftig nicht mehr die tatsächlichen, sondern die durchschnittlichen Stromkosten von Unternehmen zugrunde gelegt. Dies kann dazu führen, dass Unternehmen nicht mehr die Voraussetzungen für die Ausgleichsregelung erfüllen. Die BVE hat sich bereits im Vorfeld dafür ausgesprochen, durch eine Anpassung des EEG sicherzustellen, dass betroffene Unternehmen weiterhin einen Ausgleich in Anspruch nehmen können.

EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Dezember 2015 in Brüssel das lange erwartete neue Maßnahmenpaket zur Kreislaufwirtschaft. Ziel des Maßnahmenpakets ist, das Abfallaufkommen in Europa durch mehr Recycling und Wiederverwendung zu verringern. Die EU-Kommission hatte Anfang 2015 das am 2. Juli 2014 veröffentlichte „erste“ Kreislaufwirtschaftspaket zurückgezogen mit dem Hinweis, einen neuen „ambitionierteren und umfassenderen“ Entwurf bis Ende 2015 vorzulegen. Das nun vorliegende Kreislaufwirtschaftspaket sieht unter anderem ehrgei-

zige Recyclingzielquoten für Verpackungsabfälle vor. Deutschland ist hier bereits Spitzenreiter in Europa. Als wichtigen Baustein für ein ressourcenschonendes Europa sieht die EU-Kommission die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung. So sollen bis 2030 die Lebensmittelabfälle um die Hälfte reduziert werden.

Wertstoffgesetz und „Zentrale Stelle“

Für die Verpackungsentsorgung in Deutschland sind Verbraucher, Kommunen, Handel und Hersteller verantwortlich. Um dieser Produktverantwortung gerecht zu werden, gründeten Unternehmen der Lebensmittel- und Verpackungsbranche sowie des Handels 1990 „Der Grüne Punkt, Duales System Deutschland, Gesellschaft für Abfallvermeidung und Sekundärrohstoffgewinnung GmbH (DSD)“. Die Hersteller und Vertrieber von Verpackungen setzen auf Vermeidung und Verwertung. Sie haben in den vergangenen 25 Jahren mit erheblichen Investitionen ein Sammel-, Sortier- und Recyclingsystem für Verpackungen aus Kunststoff, Metall, Glas und Papier sowie einen funktionierenden Sekundärrohstoffmarkt aufgebaut. Mittlerweile ist die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen deutlich höher als deren Produktion.

Nun ist vorgesehen, dass das sogenannte Wertstoffgesetz die bestehende Verpackungsverordnung erweitert und ersetzt. Die Erweiterung der Produktverantwortung, das heißt neben Verpackungen auch andere stoffgleiche Gegenstände über die haushaltsnahe Wertstoffsammlung zu erfassen, ist eine Zielsetzung, die von der Bundesregierung bereits seit mehreren Jahren angestrebt wird. Ferner soll über eine „Zentrale Stelle“ die rechtskonforme Umsetzung des zukünftigen gesetzlichen Regelwerks sichergestellt werden.

Nachdem die Berichterstatter der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD sich am 12. Juni 2015 auf die Eckpunkte für ein Wertstoffgesetz verständigt hatten, legte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) am 15. Oktober 2015 den Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz vor. Dieser hat ebenso wie die Verpackungsverordnung, eine privatwirtschaftliche, wettbewerbliche Ausrichtung, die duale Systeme als Leistungsmittler von Industrie und Handel bei der Wertstoffentsorgung beziehungsweise -verwertung vorsieht sowie eine Trägerschaft der „Zentralen Stelle“ durch die Produktverantwortlichen.

Zur Herbeiführung der „Zentralen Stelle“, das heißt zur Organisation, Gestaltung und Finanzierung des korrespondierenden Projekts, hat die BVE mit anderen „produktverantwortlichen“ Verbänden die „BHIM Zentrale Wertstoffstelle Projektgesellschaft mbH“ gegründet, an der sie mit 25 Prozent beteiligt ist.

Diese Projektgesellschaft dient als Plattform, um die erforderliche Expertise aus den Unternehmen von Industrie und Handel, aber auch von erforderlichen externen Dienstleistern zu bündeln. Sie ist unabdingbar, um die Voraussetzungen für eine funktionsfähige „Zentrale Stelle“ zu identifizieren und umzusetzen.

Unternehmen und Mitgliedsverbänden gebührt großer Dank für die Gewährung von Darlehen an die Projektgesellschaft. Ohne diese Bereitschaft und die damit verbundene Anschubfinanzierung wäre ein qualifiziertes Engagement zur Sicherung und Optimierung der bestehenden haushaltsnahen Wertstoffsammlung nicht zu gewährleisten.

Das Wertstoffgesetz ist und bleibt eine Herausforderung und wird auch in 2016 einen umweltpolitischen Brennpunkt in der Verbandsarbeit der BVE darstellen. Die Materie ist Gegenstand unterschiedlicher Interessen. Dies betrifft insbesondere das Begehren von einigen Bundesländern und Teilen der Kommunen, die Organisationshoheit über die Wertstoffsammlung zu erlangen, gleichzeitig aber die damit verbundenen Kosten den produktverantwortlichen Unternehmen zuzuweisen. Der Wettbewerbsausschluss und die daraus resultierende Verteuerung der Wertstoffsammlung widersprechen den ökonomischen und ökologischen Interessen der Ernährungswirtschaft und sind deshalb nicht akzeptabel.

Zum Thema Lebensmittelverpackung und Wertstoffgesetz veröffentlichte die BVE Anfang März 2016 den dritten Teil ihrer Reihe Fakt: ist. Darin widmet sie sich umfangreich den ökologischen und ökonomischen Vorteilen des dualen Systems und fasst die Debatten um das zukünftige Wertstoffgesetz zusammen.

Ökologischer Fußabdruck von Produkten – Product Environmental Footprint (PEF)

Auf EU-Ebene finden seit 2013 umfangreiche Aktivitäten zur Entwicklung einer Messmethodik für den ökologischen Fußabdruck von Produkten sowie von geeigneten Kommunikationsinstrumenten statt. Die Ernährungsbranche hat hierzu den europäischen Runden Tisch für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion gegründet.

Die EU-Kommission kam in ihrer Mitteilung „Schaffung eines Binnenmarktes für grüne Produkte“ vom 9. April 2013 zu der Einschätzung, dass Unternehmen, die die Umweltleistung ihrer Produkte hervorheben möchten, gegenwärtig mit zahlreichen Problemen konfrontiert sind, darunter beispielsweise die Vielzahl verschiedener Initiativen sowie unterschiedliche Anforderungen von Geschäftskunden aus unterschiedlichen Ländern. Zudem werde der Verbraucher durch die Vielzahl der Labels und umweltbe-



Fakt: ist zum Thema
Lebensmittelverpackungen



zogenen Angaben verwirrt. Die EU-Kommission hat daher in ihrer Mitteilung die Entwicklung einer Methode zur Messung der Umweltleistung von Produkten (PEF) vorgeschlagen. Der PEF soll dabei Auskunft über die gesamte Umweltauswirkung und nicht nur Einzelaspekte wie CO₂ (Carbon Footprint) geben.

Darüber hinaus sollen Kommunikationsinstrumente entwickelt werden, die dem Verbraucher sowie anderen Stakeholdern transparente, zuverlässige, vollständige, vergleichbare und klare Informationen über die Umweltauswirkung von Produkten geben.

Ziel der PEF-Aktivitäten ist laut EU-Kommission die Verbreitung umweltfreundlicher („grüner“) Produkte; damit soll zur Umsetzung des „EU-Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa“ (2011) beigetragen werden.

Derzeit läuft eine dreijährige Testphase, in der Unternehmen, Industrieverbände und andere Organisationen produkt- und sektorspezifische Regeln zum PEF entwickeln. Im Bereich Lebensmittel werden Testphasen („pilots“) für folgende Produkte durchgeführt: Bier, Kaffee, Milcherzeugnisse, Fisch, Rotfleisch, Teigwaren, Wasser, Olivenöl, Wein, Futtermittel, Tiernahrung. Die BVE beobachtet dieses Projekt und berichtet ihren Mitgliedern über die aktuellen Entwicklungen und mögliche Folgen.

Freiwillige Zusatzkennzeichnung von pfandpflichtigen Getränke-Einwegverpackungen

In Deutschland sind alle pfandpflichtigen Einwegverpackungen von Getränken mit dem sogenannten DPG-Logo (Pfandkennzeichen der Deutschen Pfand-System GmbH gemäß § 9 Abs. 1 Verpackungsverordnung) zu kennzeichnen.

Dieses Logo ermöglicht Verbrauchern, pfandpflichtige Einweggebinde von unbepfandeten Einwegbehältnissen sowie Mehrweg-Getränkeverpackungen zu unterscheiden.

Im Rahmen einer freiwilligen Initiative hat sich die BVE gemeinsam mit Organisationen der Getränkeindustrie und des Handels für eine freiwillige Zusatzkennzeichnung bepandeter Einweggebinde ausgesprochen. Pfandpflichtige Einwegverpackungen erhalten zusätzlich die deutlich lesbaren Angaben „Einweg“, „Pfand“ sowie die Pfandhöhe.

Auf der Grundlage dieser Initiative der Wirtschaft stehen Konsumenten künftig weitere eindeutige Kriterien zur Verfügung, die ihnen eine Unterscheidung zwischen gesetzlich bepandeten Einweggebinden und sonstigen Behältnissen ermöglicht. Darüber hinaus bietet sie eine Alternative zu entsprechenden regulatorischen Maßnahmen.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)

Im Rahmen der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) hat sich die BVE in ihrer Stellungnahme gegen eine Diskriminierung bei der KWK-Förderung ausgesprochen. Es ist nicht zielführend, bei der Unterstützung zu differenzieren, ob der zugrunde liegende Strom vom Anlagenbetreiber selbst verbraucht oder in ein Netz der allgemeinen Versorgung eingespeist wird.

Schutz des Wassers

Unbelastetes Wasser ist für die Ernährungsindustrie von überragender Bedeutung und unabdingbare Voraussetzung für die Herstellung von sicheren Nahrungsmitteln.

Vor diesem Hintergrund hat die BVE die von der Bundesregierung beabsichtigte „Fracking-Gesetzgebung“ – ein Regelwerk, das insbesondere im Zusammenhang mit der Exploration von Erdgasvorkommen steht – kritisch begleitet.



Gegenüber zahlreichen politischen Mandatsträgern wurde kommuniziert, dass der von der Bundesregierung verabschiedete Gesetzentwurf das begründete Schutzbedürfnis der Ernährungsindustrie in vielfacher Weise nicht hinreichend berücksichtigt.

Entgegen den Planungen der Bundesregierung konnte das Gesetz bislang nicht verabschiedet werden.

Nachhaltigkeit

Verantwortung für Nachhaltigkeit zu übernehmen, ist eine Aufgabe für alle Unternehmen und Institutionen in Deutschland. Nachhaltigkeit bedeutet für die deutschen Lebensmittelhersteller die Sicherung der Grundlagen zur Nahrungsmittelproduktion nachfolgender Generationen und hat damit eine weltweite Bedeutung. Für viele Lebensmittelhersteller ist nachhaltiges Wirtschaften heute bereits ökonomisch unabdingbar, weil ohne eine intakte Umwelt, ohne eine kaufkräftige Gesellschaft und ohne gesunde Konsumenten keine Gewinne möglich sind. Die deutsche Ernährungsindustrie treibt die ökonomisch, ökologisch und sozial verantwortungsvolle Lebensmittelproduktion voran und schafft sich damit nicht nur im nationalen Markt, sondern auch international Wettbewerbsvorteile. Nachhaltiges Handeln fängt im eigenen Unternehmen an und geht über das Hoftor hinaus, indem es zum Beispiel Lieferketten- und Rohstoffmanagement, Energieeffizienz und Abfallvermeidung, aber auch die Qualität von Arbeit und gemeinsam mit den Kunden das soziale Engagement betrifft.

Die Bedürfnisse der Verbraucher leiten dabei maßgeblich die Lebensmittelproduktion und das Innovationspotenzial. Lebensmittel und Nachhaltigkeit stehen in der öffentlichen Debatte oft in engem Zusammenhang, Lebensmittelkonsum wird als wichtiger Einflussfaktor für eine nachhaltige Lebensweise bewertet. Für eine sachliche Diskussion bedarf es weiterer Aufklärung darüber, was nachhaltige Lebensmittelproduktion wirklich ist. Vom Acker bis zum Teller schließt eine nachhaltige Lebensmittelproduktion eine Vielzahl von Akteuren und Faktoren mit ein. Die zunehmende Internationalisierung der Wertschöpfungsketten bietet große Chancen und Herausforderungen. Nachhaltigkeit kann nur auf der Basis von Kooperation, Vertrauen und Transparenz zwischen allen Marktpartnern erreicht werden.

Es gibt in der Ernährungsindustrie zahlreiche Aktivitäten und Initiativen für nachhaltiges Wirtschaften. Die Ansatzpunkte sind vielfältig und oft sehr branchen- und produktspezifisch, sie reichen über die gesamte Wertschöpfungskette, aber auch über das eigene Geschäftsfeld hinaus. Vielzahlige Erfolge gibt es über alle Unternehmensgrößen hinweg, aber nur die wenigsten sind sichtbar.

Die BVE hat es sich zur Aufgabe gemacht, das zu ändern und gleichzeitig die Unternehmen bei der Entwicklung wirk-

samer Nachhaltigkeitsstrategien zu unterstützen. Die BVE fördert den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu einem gemeinsamen Nachhaltigkeitsverständnis und unterstützt die Kommunikation zu den Nachhaltigkeitsleistungen der Branche.

Lebensmittelverschwendung

Beim Thema „Lebensmittelverschwendung“ ist die BVE in unterschiedlichen politischen Gremien eingebunden und setzt sich dort für einen konstruktiven und wirtschaftsfreundlichen Dialogverlauf ein. Der Problematik „Lebensmittelverschwendung im deutschen Außer-Haus-Markt“ nimmt sich die BVE an, indem sie an den Abfallvermeidungsdialogen im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) beteiligt ist. In diesem Themenbereich kann vor allem der durch die BVE mit ins Leben gerufene Verein „United Against Waste“, der sich gegen Lebensmittelverschwendung im Außer-Haus-Markt wendet, erste konkrete Ergebnisse bei der Verringerung von Lebensmittelabfällen in Großküchen vorweisen.

Im Juni letzten Jahres hat die BVE innerhalb ihrer Reihe Fakt:ist Lebensmittelverschwendung detailliert thematisiert und Ursachen und Folgen in der gesamten Lebensmittelkette aufgezeigt.



Fakt: ist zum Thema
Lebensmittelverschwendung



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

BVE-Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Die BVE hat am 10. Oktober 2015 im Rahmen der Weltleitmesse für Lebensmittel Anuga gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) den Branchenleitfaden für die Ernährungsindustrie zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) veröffentlicht. Die Publikation stellt eine Orientierungshilfe für die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach dem DNK für kleine und mittlere Unternehmen der Ernährungsindustrie dar. Durch die Abbildung zahlreicher guter Beispiele, ausstrahlender Aktivitäten und Initiativen der Branche soll der Branchenleitfaden zum DNK die Bereitschaft der Unternehmen zu mehr Transparenz über ihre Leistungen und Ziele fördern. Durch Anwendungsworkshops sollen Unternehmen zukünftig bei der freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattung unterstützt werden.

Auch auf dem Deutschen Nachhaltigkeitstag am 27. November 2015 in Düsseldorf konnte die BVE das neue Ergebnis des Branchenengagements für mehr Nachhaltigkeit präsentieren und für die Anwendung freiwilliger Berichtsstandards werben.



BVE-Branchenleitfaden zum Deutschen
Nachhaltigkeitskodex (DNK)



Referentenentwurf CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) stellte im Frühjahr 2016 den Referentenentwurf zu einem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz zur Stellungnahme bis 15. April 2016 bereit. Der Entwurf dient der Umsetzung der sogenannten CSR-Richtlinie der EU. Die Richtlinie ist zwingend bis zum 6. Dezember 2016 in deutsches Recht umzusetzen. Der Entwurf führt entsprechend der Richtlinie für bestimmte große, insbesondere börsennotierte Unternehmen neue handelsbilanzrechtliche Berichtspflichten für nicht-finanzielle Informationen ein. Im Einzelnen werden Angaben zu Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Korruptionsbekämpfung erforderlich sein. Ergänzt wird die Berichterstattung in der Erklärung zur Unternehmensführung und dehnt sie auf Diversitätskonzepte der Unternehmen bei der Besetzung ihrer Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane aus. Der Gesetzesentwurf sieht dazu insbesondere Änderungen im Handelsgesetzbuch vor. Diskutiert wird zudem die Ausweitung der Berichterstattung auf Belange von Verbrauchern als Vertragspartner berichtspflichtiger Unternehmen (Datenschutz, Umgang mit Beschwerden etc.).

In ihrer öffentlichen Stellungnahme begrüßt die BVE insbesondere vor dem Hintergrund des von der Koalition beschlossenen Ziels des Bürokratieabbaus, dass der Referentenentwurf die CSR-Richtlinie der EU in wesentlichem Maße unverändert umsetzt. Die Beschränkung des Anwendungsbereichs des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes auf bestimmte große, kapitalmarktorientierte Unternehmen entspricht den Anforderungen der Branche, da zusätzliche Berichtspflichten zu nicht-finanziellen Leistungen eine unverhältnismäßige Belastung für die mehrzählig kleinen und mittelständischen Unternehmen darstellen würden und auch weitreichendere freiwillige Initiativen schmälern könnten. Viele der Unternehmen der Ernährungsindustrie geben bereits über ihre CSR-Aktivitäten und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren umfangreich freiwillig Auskunft, zum Beispiel auf ihren Internetseiten, in Unternehmenspublikationen und auf Fachveranstaltungen. Darüber hinaus fördert die BVE durch eine Brancheninitiative zusammen mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung die Transparenz und Berichterstattung über das Nachhaltigkeitsengagement der Branche („BVE-Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex“).

Die in dem Referentenentwurf verankerte Anerkennung eines separaten Berichts über nichtfinanzielle Informationen auch unter Anwendung nationaler, europäischer oder internationaler Rahmenwerke ermöglicht die Beibehaltung der weitverbreiteten Praxis einer umfassenden freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattung und wird daher begrüßt. Dabei ist erfreulich, dass keine Vorgaben zur Anwendung bestimmter Standards gemacht werden. So kann die bisherige unternehmerische Praxis der flexiblen Wahl von Berichterstattungsrahmenwerken, wie beispielsweise dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex, beibehalten werden. Die BVE unterstützt ebenfalls das Festhalten an dem Wesentlichkeitsprinzip sowie den Verzicht auf eine inhaltliche Prüfung des nicht finanziellen Berichts, wie er in dem Referentenentwurf verankert ist.

Die BVE spricht sich weiter dafür aus, den Grundsatz zur Vermeidung von Doppelberichterstattungen beizubehalten, insbesondere angesichts zunehmend globaler Unternehmensstrukturen. Der Vorschlag des BMJV der Ergänzung einer Berichtspflicht zu Verbraucherbelangen geht über die EU-Vorgaben hinaus und wird weder als umsetzbar noch als verhältnismäßig bewertet.

5 Rohstoffe



Die Ernährungsindustrie verarbeitet Agrarrohstoffe zu hochwertigen Lebensmitteln und versorgt damit ihre Kunden im In- und Ausland. Ein zentrales Anliegen der BVE ist daher die Sicherung der Rohstoffverfügbarkeit für die Lebensmittelproduktion. Die Rohstoffe müssen preislich wettbewerbsfähig sein, den Qualitätsanforderungen für die Lebensmittelherstellung entsprechen und in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Rund drei Viertel der verarbeiteten Rohstoffe stammen aus Deutschland. Ein Viertel der Rohstoffe wird im europäischen und außereuropäischen Ausland eingekauft, da sie in Deutschland nicht in ausreichenden Mengen vorhanden sind oder nicht angebaut werden können.

Eine wachsende Weltbevölkerung und höhere Kaufkraft insbesondere in Schwellenländern führen zu einer steigenden Nachfrage nach Lebens- und Futtermitteln und damit zu langfristig höheren Preisen. Kurzfristig beeinflussen Ernteschwankungen das Angebot an Agrarrohstoffen. Die jüngsten Ernten sind bei einigen Rohstoffen höher ausgefallen als in den Vorjahren. Zugleich ist die Nachfrage weniger stark gestiegen als erwartet. Die Versorgungslage mit Agrarrohstoffen hat sich daher im Vergleich zu der in den Jahren 2007/08 und 2011/12 aufgetretenen Knappheit verbessert. Mit erheblichen Versorgungsengpässen ist die Ernährungsindustrie hingegen bei zahlreichen Importrohstoffen, wie Gewürzen, konfrontiert, die anders als die großen „Commodities“ zeitweise ein neues Höchstpreisniveau erreichten.

Verantwortung in der Lieferkette

Die Anforderungen an die Lebensmittelhersteller in Bezug auf die Nachhaltigkeit ihrer Zulieferketten und Rohwaren steigen. Die Ernährungsindustrie ist sich ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion und



Rohstoffbeschaffung bewusst und engagiert sich bereits umfangreich für mehr Nachhaltigkeit in der Lieferkette. Durch Lieferantenverpflichtungen (Code of Conduct), Lieferkettenzertifizierungen, Vertragsanbau sowie nationale und internationale Brancheninitiativen werden Nachhaltigkeitsstandards in der Lieferkette umgesetzt und die Lieferanten für die unterschiedlichen Aspekte der Nachhaltigkeit sensibilisiert. Die Einhaltung dieser Standards wird durch externe und interne Experten überprüft. Viele Lebensmittelhersteller geben bereits umfangreich Auskunft über ihre Aktivitäten, zum Beispiel auf Internetseiten, in Unternehmenspublikationen und auf Fachveranstaltungen.

Die Lieferkette bei Agrarrohstoffen aus Entwicklungs- und Schwellenländern kann sehr komplex und vielstufig sein und vom deutschen Großhändler, über den deutschen Importeur, den ausländischen Exporteur, die erste Verarbeitungsstufe und mehrere Zwischenhändler im Ursprungsland, bis zu tausenden kleinstbäuerlichen Erzeugern, die ihre verschiedenen Ernteprodukte vor Ort der ersten Handelsstufe anbieten, reichen. Diese Lieferkette vollständig und jederzeit hinsichtlich der Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien zu überwachen, ist für einen kleinen oder mittelständischen Betrieb kaum zu leisten. Die BVE steht daher Vorschlägen, die für Unternehmen eine stärkere Haftung und gesetzliche Sorgfaltspflichten für Vorgänge in der Lieferkette fordern, kritisch gegenüber.

Entwicklung der Rohstoffpreise

HWWI-Index (2010=100, Euro-Basis, Monatsdurchschnitte)



Quelle: HWWI – Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut

Palmöl – nachhaltig verfügbar

Palmöl ist das wichtigste Pflanzenöl weltweit. Rund ein Drittel des Pflanzenölbedarfs wird durch Palmöl gedeckt. Hauptanbauländer sind Malaysia und Indonesien. In Afrika und Asien wird Palmöl gerne zum Braten und Frittieren verwendet. In der deutschen Ernährungsindustrie findet Palmöl unter anderem bei der Herstellung von Bratenfetten, Fertiggerichten, Saucen, kulinarischen Produkten, Margarine sowie Back- und Süßwaren Verwendung. Neben der Herstellung von Lebensmitteln wird das Pflanzenöl für die Herstellung von Biokraftstoffen, Körperpflegemitteln sowie in der chemischen, pharmazeutischen und Futtermittelindustrie eingesetzt. Deutschland hat einen Anteil von rund zwei Prozent am weltweiten Palmölverbrauch; der größte Teil davon (circa 55 Prozent) entfällt auf den Biokraftstoffbereich; auf die Lebensmittelindustrie entfallen in Deutschland jährlich rund 277.000 Tonnen Palmöl, das entspricht 0,5 Prozent der weltweiten Palmölnachfrage.

Palmöl ist geruchsneutral, oxidations- sowie hitzestabil, daher hervorragend für die Lebensmittelproduktion geeignet und kaum durch andere Speiseöle zu ersetzen. Hinzu kommt, dass Ölpalmen besonders ertragreich sind. Dies führt zu weniger Anbaufläche je erzeugter Menge Öl und geringeren Kosten.

Einige Nichtregierungsorganisationen kritisieren die Anbauländer von Palmöl wegen der Ausweitung von Anbauflächen, der Verringerung von Regenwaldbeständen und der damit verbundenen negativen Folgen für die dort lebende Bevölkerung, Tier- und Pflanzenwelt sowie das globale Klima. Einen Boykott von Palmöl, wie ihn einzelne Nichtregierungsorganisationen fordern, lehnt die BVE ab, da der vollständige Verzicht auf Palmöl technisch nicht möglich

ist und zudem ökologisch fatal wäre, da für jedes andere Pflanzenöl ein Vielfaches an Anbaufläche erforderlich wäre.

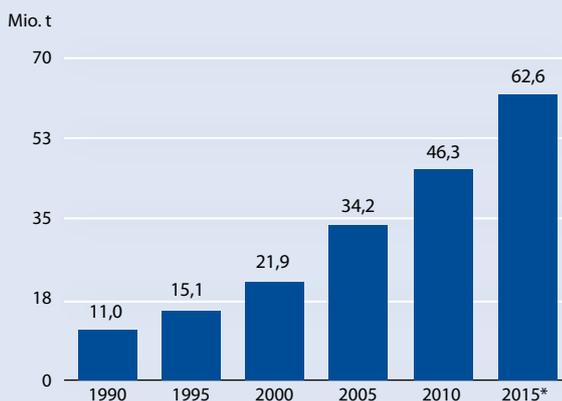
Der deutschen Ernährungsindustrie ist es ein Anliegen, dass die von ihr eingesetzten Rohstoffe hohen ökologischen und ethischen Anforderungen entsprechen. Die Branche setzt sich daher für einen nachhaltigeren Anbau von Palmöl ein und nimmt hierbei mit anderen europäischen Partnern international eine Vorreiterrolle ein. Bereits 2013 waren knapp 60 Prozent des in der deutschen Ernährungsindustrie eingesetzten Palmöls nachhaltig zertifiziert. Seitdem hat sich der Anteil deutlich erhöht, zumal sich viele Unternehmen konkrete Selbstverpflichtungen zum Einsatz von nachhaltigem Palmöl auferlegt haben.

Um eine nachhaltige Palmölerzeugung zu gewährleisten, nutzen Unternehmen Zertifizierungen, die sicherstellen, dass fest definierte Nachhaltigkeitskriterien beim Anbau eingehalten werden. Im international anerkannten Zertifizierungsstandard „RSPO – Round Table on Sustainable Palm Oil“, der 2004 vom WWF gemeinsam mit der Wirtschaft gegründet wurde, bilden deutsche Unternehmen mittlerweile die größte Mitgliedergruppe. Weltweit sind bereits 20 Prozent des Palmölanbaus RSPO-zertifiziert. Eine vollständige Umstellung auf nachhaltigen Anbau kann allerdings nur gelingen, wenn große Verbrauchsländer in Afrika und Asien ebenfalls diese Kriterien beim Kauf von Palmöl einfordern.

Am 11. November 2015 wurde das Forum Nachhaltiges Palmöl gemeinsam von Wirtschaft, Bundesregierung und dem WWF als Verein gegründet. Die BVE ist Mitglied und begrüßt die Initiative, um die Nachhaltigkeit im Palmölsektor zu fördern und die bestehenden Zertifizierungssysteme weiter zu verbessern. Die BVE vertritt die Brancheninteressen in den Gremien des Forums.

Palmölproduktion weltweit

in Mio. Tonnen

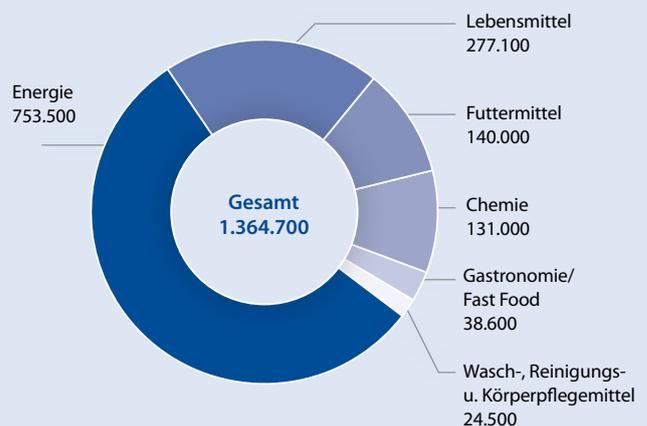


Quelle: ISTA Mielke – OILWORLD

*vorläufige Schätzung

Palmölverbrauch in Deutschland 2013

in Tonnen



Quelle: Meo Carbon Solutions

Finanzmärkte und Warentermingeschäfte

Warentermingeschäfte sind für die Ernährungsindustrie ein wichtiges Instrument zur Preisfindung auf volatilen Agrarmärkten und zur Absicherung von Preisschwankungen bei Agrarrohstoffen. Damit Warenterminmärkte funktionieren, sind Transparenz sowie eine ausreichende Anzahl an Marktteilnehmern und Liquidität erforderlich.

Die BVE hat sich im Rahmen der europäischen Finanzmarktregulierung bei Agrarwarentermingeschäften für eine Regulierung mit Augenmaß eingesetzt. Agrartermingeschäfte müssen in ihrer Funktionsweise gestärkt werden und als Absicherungsinstrument für die Ernährungsbranche erhalten bleiben; gleichzeitig gilt es Marktmissbrauch, zum Beispiel durch sogenanntes „Cornern“, vorzubeugen.

Im April 2014 einigte sich die Politik auf die neue EU-Finanzmarktregulierung (MiFID II), die auch den Bereich der Agrarwarentermingeschäfte umfasst. Die Position, die die BVE in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht hat, wurde dabei berücksichtigt.

Die europäische Finanzmarktaufsichtsbehörde ESMA legte am 28. September 2015 nach mehreren Konsultationsphasen, an denen sich die BVE gemeinsam mit FoodDrinkEurope beteiligt hatte, sogenannte „Technische Standards“ für die Regulierung der europäischen Finanzmärkte vor. Wesentlich betroffen sind davon auch Agrarwarentermingeschäfte durch konkrete Festlegungen von Positionslimits, Berichtspflichten und Ausnahmen für Hedging-Geschäfte.

Am 10. Februar 2016 hat die EU-Kommission die bereits Ende 2015 angekündigte Verschiebung der Frist für die Anwendung der EU-Finanzmarkttrichtlinie MiFID II um ein Jahr auf den 3. Januar 2018 vorgeschlagen. Die Marktteilnehmer sowie zuständigen nationalen Behörden haben damit ein Jahr mehr Zeit, die erforderlichen IT-Systeme und technischen Erfordernisse einzurichten. Die Gespräche zwischen BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), BVE, DBV (Deutscher Bauernverband), DRV (Deutsche Rentenversicherung), EEX (European Energy Exchange) und weiteren betroffenen Branchenverbänden hatten gezeigt, dass aufgrund der vielen offenen technischen Fragen der ursprüngliche Stichtag 3. Januar 2017 nicht einzuhalten ist. Die europäische Aufsichtsbehörde ESMA hatte daher der EU-Kommission mitgeteilt, dass eine zeitliche Verschiebung erforderlich sei, um mangelnder Rechtssicherheit und potenziellen Marktstörungen vorzubeugen.

Im Rahmen der MiFID II-Regulierung hat die BVE die Brancheninteressen in die Expertenrunden beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingebracht.

Nach wie vor wird von einigen EU-Mitgliedstaaten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert. Die BVE

lehnt diese Steuer grundsätzlich ab, da sie Rohstoff-, Währungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte verteuern und die Pensions- und Versorgungskassen der Unternehmen erheblich belasten würde. Von der Ernährungsbranche gingen zu keiner Zeit Gefährdungen für die weltweite Finanzmarktstabilität aus; die Branche sollte daher auch nicht – wie durch eine Finanztransaktionssteuer beabsichtigt – zur steuerlichen Refinanzierung der weltweiten Finanzkrise 2009 herangezogen werden. Die BVE erwartet, dass die Bundesregierung sich an ihre im Koalitionsvertrag festgehaltene Aussage, die Realwirtschaft nicht durch eine Finanztransaktionssteuer zu belasten, hält.

Force-Majeure-Meldungen bei Kunststoffgranulat

Die Ernährungsindustrie war 2015 wegen gestiegener Kunststoffrohstoffpreise mit höheren Kosten im Einkauf von Kunststoffprodukten konfrontiert. Im ersten Halbjahr 2015 zeigten kunststofferzeugende Unternehmen vermehrt Lieferschwierigkeiten an, die laut Branchenmedien mit höherer Gewalt (Force Majeure) begründet wurden. Diese Entwicklung führte auch für die Ernährungsindustrie als einem der größten Abnehmer der kunststoffverarbeitenden Industrie zu höheren Kosten und Engpässen im Einkauf von Kunststoff- und Verpackungsmaterialien wie Folien, Verbundmaterialien, Flaschen, Verschlüssen, Deckeln, Eimern und Kanistern. Angesichts dieser Marktentwicklung setzte sich die BVE mit anderen Beteiligten in der Wertschöpfungskette für eine bessere Versorgung und Transparenz in der Lieferkette ein.

Import Promotion Desk

Das Import Promotion Desk (IPD) ist eine neue Plattform zur Importförderung der Bundesrepublik Deutschland. Ziel ist es, Unternehmen beim Import aus Entwicklungs- und Schwellenländern und bei der Erschließung neuer Beschaffungsmärkte zu unterstützen, zum Beispiel durch Fachpublikationen und Marktstudien, Messebesuche und Business Matchmaking, Beschaffungsreisen sowie Schulungen von Lieferanten. Ein Branchenschwerpunkt des IPD sind Zutaten für Lebensmittel aus Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Kirgistan, Kolumbien, Nepal, Peru und Tunesien. Die BVE begrüßt diese Initiative des Bundesverbands Groß- und Außenhandel (BGA) und vertritt die Interessen der Ernährungsindustrie im Fachbeirat des IPD.

BVE-Arbeitskreis Rohstoffe

Die BVE stimmt ihre rohstoffpolitische Ausrichtung im Arbeitskreis Rohstoffe ab. Der Arbeitskreis bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, sich in der Diskussion mit Branchenexperten über Marktentwicklungen zu informieren, den rohstoffpolitischen Austausch zu pflegen und an Positionierungen des Verbandes mitzuwirken. Der Arbeitskreis tagt halbjährlich im Rahmen einer Sitzung und steht Mitgliedern der BVE offen.

6 Die BVE



Mit uns hat eine starke Wirtschaft einen starken Partner

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) ist der wirtschaftspolitische Spitzenverband der deutschen Ernährungsindustrie. Seit mehr als 60 Jahren vertreten wir die branchenübergreifenden Interessen der Lebensmittelhersteller gegenüber Politik, Verwaltung, Medien, Gesellschaft und Marktpartnern – weltweit. Wir sind Ansprechpartnerin der nationalen Politik, auf EU-Ebene setzen wir uns mit einem eigenen Büro in Brüssel für die Interessen der deutschen Ernährungsindustrie ein. Für internationale Partner und Institutionen aus Politik und Wirtschaft ist unsere Arbeit von Bedeutung, da die Strukturen und Netzwerke in Deutschland für ausländische Märkte schwer zu durchdringen sind und häufig ein zentraler Ansprechpartner, zum Beispiel für bilaterale Gespräche, nachgefragt wird.

Deutsche Lebensmittel sind sicher, qualitativ hochwertig, jederzeit verfügbar, günstig und schmackhaft – eine Leistung „Made in Germany“

In der BVE haben sich über Fachverbände und Unternehmen alle wichtigen Branchen der Ernährungsindustrie – von den Getränken über die Fleisch- und Süßwaren bis hin zu den kulinarischen Lebensmitteln – zusammengeschlossen. So gelingt es, den Anliegen unserer Industrie in Politik, Gesellschaft und Medien Gehör zu verschaffen und die Leistung der Ernährungsindustrie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.



Als Spitzenverband der Ernährungsindustrie lautet unsere Maxime: Haltung und Wahrheit. So einfach und so schwer, denn wer die Dinge beim Namen nennt, erntet selten Beifall, oft Widerspruch, aber am Ende Respekt und Vertrauen. Die BVE hat sich der Herausforderung gestellt, und das mit Erfolg. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen und die Schlagkraft des Spitzenverbandes zu optimieren.“

Der Förderverein der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. (FDE) unterstützt die Interessenvertretung der deutschen Ernährungsindustrie aktiv und wirkt beim Know-how-Transfer und der Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette aktiv mit. Er ist eine Netzwerkplattform für die strategischen Partner der Ernährungsindustrie.

Unser Ziel: eine wettbewerbsfähige Ernährungsindustrie

Zentrale Aufgabe der BVE ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie zu sichern und zu verbessern. Fairer Leistungswettbewerb, weniger Bürokratie, weniger Regulierung, mehr Freiraum für Unternehmen und Eigenverantwortung der Bürger – mit dieser Grundhaltung arbeitet und wirbt die BVE in der politischen Diskussion für ihre Anliegen. Um diese Ziele zu erreichen, steht sie in engem Dialog mit ihren Mitgliedern, mit den Marktpartnern und den Partnern in der Lebensmittelkette, mit Politik und Verwaltung in Berlin und Brüssel und den Medien.

Christoph Minhoff, BVE- und BLL-Hauptgeschäftsführer

Die Mitglieder

Verbände



Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie e.V.

Arbeitsgemeinschaft Fleisch
und Fleischwaren



Arbeitsgemeinschaft konsumenten-
und ökologieorientierte Getränke-
verpackungen e.V. (AKÖG)



Bundesverband der deutschen
Fischindustrie und des
Fischgroßhandels e.V.



Bundesverband der Deutschen
Süßwarenindustrie e.V.

Bundesverband der Deutschen
Süßwarenindustrie e.V.



Bundesverband der
Geflügelschlachtereien e.V.



Bundesverband der obst-,
gemüse- und kartoffel-
verarbeitenden Industrie e.V.

Die deutschen Brauer
Deutscher Brauer-Bund e.V.



Deutscher Brauer-Bund e.V.



Deutscher Verband der
Aromenindustrie e.V.

Fachverband der
Gewürzindustrie e.V.



Fachverband der
Gewürzindustrie e.V.



Förderverein der Deutschen
Ernährungsindustrie e.V. (FDE)



Kulinaria Deutschland

Kulinaria Deutschland e.V.
Verband der Hersteller
kulinarischer Lebensmittel



VERBAND DER ÖLSAATEN-
VERARBEITENDEN INDUSTRIE
IN DEUTSCHLAND

OVID Verband der
ölsaatenverarbeitenden Industrie in
Deutschland e.V.

PMG e.V.
Private Mills Germany

Private Mills Germany e.V.

VDGS

Verband der deutschen
Getreideverarbeiter
und Stärkehersteller e.V.

Verband der deutschen
Getreideverarbeiter und
Stärkehersteller e.V.



Verband Deutscher Mühlen e.V.

VEREIN DER ZUCKERINDUSTRIE E.V.

Verein der Zuckerindustrie e.V.



Vereinigung Alkoholfreie
Getränke-Industrie e.V. (AFG-V)

VKS

Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

VKS – Verband der Kali- und
Salzindustrie e.V.

Unternehmen



apetito AG



ARYZTA Bakeries
Deutschland GmbH



Bad Heilbrunner Naturheilmittel
GmbH & Co. KG



Bell Deutschland GmbH & Co. KG



Coca-Cola GmbH



Conditorei Coppenrath & Wiese KG



Danone GmbH



Döhler Dahlenburg GmbH



Dr. August Oetker
Nahrungsmittel KG



Ferrero Deutschland GmbH



Gebr. Engelke Große Mühle
Hasede-Hildesheim GmbH & Co. KG



GELITA AG



General Mills GmbH



GoodMills
Deutschland GmbH



Griesson - de Beukelaer
GmbH & Co. KG



HANSA-HEEMANN AG



Harry-Brot GmbH



Hela Gewürzwerk
Hermann Laue GmbH



Hengstenberg
GmbH & Co. KG



Kellogg (Deutschland) GmbH



Peter Kölln GmbH & Co. KGaA



Carl Kühne KG (GmbH & Co.)



Lutz Convenience Food GmbH



Mars GmbH



Mestemacher GmbH



Miasa GmbH
Safran Spezialisten
Produktion & Distribution



Molkerei Alois Müller GmbH & Co. KG



Mondelez Deutschland
Services GmbH & Co. KG



Nestlé Deutschland AG



Nordzucker AG



PepsiCo Deutschland GmbH



Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG



Polat Dönerproduktion GmbH



RAPS GmbH & Co. KG

riha WeserGold
Getränke GmbH & Co. KGRügenwälder Mühle
Carl Müller GmbH & Co. KG

RÜMA Feinkost GmbH & Co. KG

Schwartauer Werke
GmbH & Co. KGaASemper idem
Underberg GmbHSINNACK Backspezialitäten
GmbH & Co. KG

Steinhaus GmbH



Südzucker AG

Tönnies Lebensmittel
GmbH & Co. KG

Unilever Deutschland GmbH



Westfleisch SCE



Rudolf Wild GmbH & Co. KG



Franz Wiltmann GmbH & Co. KG

Zentis GmbH & Co. KG –
Konfitüren, Süßwaren, Frucht-
zubereitungen

zur Mühlen Gruppe

zur Mühlen ApS & Co. KG

FDE -Mitglieder

Der FDE – Förderverein der Deutschen Ernährungsindustrie unterstützt aktiv die Interessen der deutschen Ernährungsindustrie. Der FDE ist ein Forum für ausgewählte Partner der Ernährungsindustrie.



AFC Consulting Group AG



Aon Versicherungsmakler
Deutschland GmbH



BDJ Versicherungsmakler
GmbH & Co. KG



Bund Getränkeverpackungen
der Zukunft GbR



Camfil KG



COMDOK GmbH



CompAir Drucklufttechnik Gardner
Denver Deutschland GmbH



CSB-System AG



cyclos GmbH



Deloitte



Der Grüne Punkt – Duales System
Deutschland GmbH



Deutsche Bank AG



DLG e.V.



Deutsches Institut für
Lebensmitteltechnik



dfv Mediengruppe



Ebner Stolz Management
Consultants GmbH



Edelman.ergo GmbH



E.ON Connecting Energies GmbH



NSF Erdmann Analytics GmbH



Eurofins Analytik GmbH



GfK SE



GNT Europa GmbH



Hamburg Messe und
Congress GmbH



Hilge GmbH & Co. KG



Innova Market Insights



Koelnmesse GmbH



KWG Rechtsanwälte



Messe Berlin GmbH



Modus Consult AG

Nagel-Group
Kraftverkehr Nagel GmbH & Co. KGNAWARO
Bio Energie AG

PETCYCLE GmbH



PricewaterhouseCoopers AG



Rabobank

Rabobank Frankfurt

rheingold salon GmbH & Co. KG
MarktforschungsagenturSAM Sensory and Marketing
InternationalSchmidmeier NaturEnergie GmbH
Dampfanlagen + IndustriepelletsSGS INSTITUT
FRESENIUS GmbHSiemens AG
Building Technologies
Sustainability & Energy ManagementStockFood –
Die Food-BildagenturSÜDVERS GmbH
AssekuranzmaklerWake up Communications
Agentur für PR & Social MediaZENK Rechtsanwälte
Partnerschaft mbB

Geschäftsführung und Arbeitsbereiche



Hauptgeschäftsführer

Christoph Minhoff

Telefon +49 (0)30 200786-135

Telefax +49 (0)30 200786-235

cminhoff@bve-online.de



Geschäftsführer

RA Peter Feller

Telefon +49 (0)30 200786-160

Telefax +49 (0)30 200786-260

pfeller@bve-online.de

Umwelt · Energie · Recht & Wettbewerb

Nachhaltigkeit · Krisenmanagement



Leiter Büro Brüssel

Tobias Andres

Telefon +49 (0)30 200786-154

Telefax +49 (0)30 200786-254

tandres@bve-online.de

Europa · Rohstoffe

Zoll



Referent

Olivier Kölsch

Telefon +49 (0)30 200786-157

Telefax +49 (0)30 200786-257

okoelsch@bve-online.de

Außer-Haus-Markt · Messen

Exportförderung



Referentin

Stefanie Lehmann

Telefon +49 (0)30 200786-143

Telefax +49 (0)30 200786-243

slehmann@bve-online.de

Konjunktur & Statistik · Außenwirtschaft

Stiftung Warentest



Referentin

Anne Vollmer

Telefon +49 (0)30 200786-152

Telefax +49 (0)30 200786-252

avollmer@bve-online.de

Presse · Öffentlichkeitsarbeit



Impressum

Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 200786-0
Telefax +49 (0)30 200786-299
bve@bve-online.de
www.bve-online.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Christoph Minhoff

© Fotos:

Wenn nicht anders gekennzeichnet BVE

Titel: auremar/Fotolia

S. 3 (rechts) Nils-Krüger

S. 7 StockFood/Gräfe & Unzer Verlag/Jörn Rynio

S. 25 Per Bengtsson/Shutterstock

Corbis Images:

S. 4 Eric Audras/Onoky

S. 5 Wavebreakmedia LTD/Wavebreak Media Ltd.

S. 16/35 Ian Lishman/Juice Images

S. 18/20/44 Monty Rakusen/cultura

S. 21 Yagi Studio/13/Ocean

S. 22 Joos Mind/Ocean

S. 24 Hiya Images

S. 27 Karl-Heinz Haenel

S. 38 Tohru Minowa/amanaimages

S. 40 Janne Olander/Matton Collection

S. 42 Dave and Les Jacobs/Blend Images

S. 46 2/Kathleen Brennan/Ocean

S. 50 Murtin/SoFood

Thinkstock/iStock by Gettyimages:

S. 12 (o.) Wavebreakmedia Ltd. (Montage)

S. 12 (u.)/33/48/51 Getty Images/iStockphoto

Grafik: Ariane Skibbe

Druck:

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbh





Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 200786-0
Telefax +49 (0)30 200786-299
bve@bve-online.de
www.bve-online.de

Hier finden Sie die BVE in der Social Media Welt:

Twitter: www.twitter.com/bve_online

Facebook: www.facebook.com/BVEonline

YouTube: www.YouTube.com/user/BVEvideo

Blog: www.filetspitzen.de



www.bve-online.de